

da sind wir bei 3000 Euro aufwärts an monatlichen Kosten, die hier zu tragen sind für die 24-Stunden-Betreuung. Dann ist eben nicht die Frage, nimm ich die Agentur, oder für die meisten nicht die Frage, nehme ich die Agentur mit Gütesiegel, sondern welche Agentur kann ich mir leisten und deswegen müssen wir auch bundesweit viel stärker darauf drängen, auch im Sinne des Beschlusses, den wir hier im Mai gefasst haben, dass es hier zu einer gesetzlichen Regelung kommt, die die Situation für alle besser macht.

Ende der Fragestunde um 13.13 Uhr.

7 Tagesordnung, öffentlich Teil I

Bgm.-Stv. Mag. (FH) **Eustacchio:**

Ich darf Sie bitten, die Tagesordnung zur Hand zu nehmen, damit wir die Punkte, die schon abgestimmt sind, erklären können. Stück Nr. 3 ist einstimmig angenommen, ebenso Stk. 4, 5, 6, 7 gegen die Stimmen der Grünen. Nr. 8 gegen die Stimmen der Grünen, Nr. 9 einstimmig, Nr. 14 gegen die Grünen angenommen, Nr. 15 einstimmig, Nr. 16 einstimmig, Nr. 17 einstimmig, Nr. 18 einstimmig, Nr. 19 gegen die Stimmen der KPÖ, 21 einstimmig, Nr. 22 einstimmig.

En bloc:

- 7.1 Stk. 3) A 8 - 18345/2006 - 133 Universalmuseum Joanneum GmbH,
A 16 - 014770/2013/0536 Änderung des Gesellschaftsvertrages;
Stimmrechtsermächtigung in der
Generalversammlung gem. § 87 Abs. 2 des
Statutes der Landeshauptstadt Graz 1967**

Der Vertreter der Stadt Graz in der Generalversammlung der Universalmuseum Joanneum GmbH, Herr Stadtrat Dr. Günter Riegler, wird ermächtigt, in der Generalversammlung der Gesellschaft, der Termin ist noch nicht bekannt, folgenden Anträgen zuzustimmen:

1. Ad TOP 2 - Zustimmung zur Tagesordnung
2. Ad TOP 3 - Zustimmung zur Änderung des Gesellschaftsvertrages in § 2 -
Gegenstand, Ziele und Zweck des Unternehmens
§ 2 Abs. 3 des Gesellschaftsvertrages lautet neu wie folgt:

§ 2 Gegenstand, Ziele und Zweck des Unternehmens

(3) Die Gesellschaft hat die Aufgabe, ihre Sammlungen als Beitrag zum Schutz des natürlichen, kulturellen und wissenschaftlichen Erbes zu erwerben, zu bewahren und fortzuentwickeln. Als Gedächtnis und Realienarchiv der Steiermark und Österreichs in deren historischer Entwicklung bilden die Sammlungen des Universalmuseums Joanneum eine vielseitige Grundlage für Ausstellungen, die an architektonisch wertvollen Museumsstandorten präsentiert werden. Die universale Vielfalt der Sammlungen und die Verpflichtung zur immerwährenden Erhaltung des bestehenden Österreichischen Freilichtmuseums und zur Bewahrung eines wissenschaftlich wertvollen, unwiederbringlichen Kulturgutes aus dem Bereich der gesamten Republik Österreich werden genutzt, um über fachliche und geografische Grenzen hinweg aktuelle Fragen im wissenschaftlichen und künstlerischen Kontext zu diskutieren. Das Universalmuseum Joanneum versteht sich als Museum, das seinen Besucherinnen und Besuchern Wissen zugänglich macht und damit kritische Reflexion fördert. Auf

dieser Grundlage wird das Universalmuseum Joanneum als wichtiges gesellschaftliches Handlungsfeld verstanden, welches das intellektuelle und kulturelle Bewusstsein in der Steiermark als einen Teil Europas mitbestimmt.

Alle anderen Punkte des aktuellen Gesellschaftsvertrages der Universalmuseum Joanneum GmbH vom 6. Dezember 2017 bleiben unverändert aufrecht.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

7.2 Stk. 4) A 8/4- 4005/2010

**Grottenhofstraße Gdst. Nr. 464/9, KG
Wetzelsdorf im Ausmaß von 297 m²,
Übernahme ins Öffentliche Gut**

Die Übernahme des Gdst. Nr. 464/9 im Ausmaß von 297 m², EZ 2385, KG 63128 Wetzelsdorf, in das Öffentliche Gut der Stadt Graz, welches aufgrund der Vereinbarung und der EntschlieÙung vom 11.2.2016 durch Herrn Univ. Doz. DI Dr. Rüsç erworben wurde, wird genehmigt.

Der Antrag wurde mit Mehrheit (gegen Grün) angenommen.

7.3 Stk. 5) A 8/4- 62694/2018

**Auf der Tändelwiese 4, 6
Einräumung einer grundbücherlichen
Dienstbarkeit zur Verlegung und zum Betrieb
einer unterirdischen Fernwärme-
versorgungsleitung auf immerwährende Zeit**

Der Energie Graz GmbH & Co KG, Schönaugürtel 65, 8010 Graz, wird die grundbücherliche Dienstbarkeit der Duldung zur Verlegung, des Bestandes und Betriebes einer Fernwärmeversorgungsleitung auf dem im Miteigentum der Stadt Graz befindlichen Gdst. Nr. 1814/2, EZ 900, KG Gries, welche im beiliegenden Lageplan rot

ingezeichnet ist, auf immerwährende Zeit im Sinne des angeschlossenen Vertragsentwurfes eingeräumt.

Der Antrag wurde mit Mehrheit (gegen Grün) angenommen.

**7.4 Stk. 6) A 8/ 4 -106823/2015
WG 39853/2016/27**

**Sonderwohnbauprogramm
Städt. Lg. Mühlriegel 5 Gdst. Nr. 1300/3, 1301/5,
EZ 1282, je KG 63104 Lend im Ausmaß von ca.
1.346 m²**

- 1. Einräumung eines Baurechtes rückwirkend ab 01.10.2017 auf die Dauer von 60 Jahren für die Errichtung von ca. 18 Wohnungen mit städtischem Einweisungsrecht (Errichtung eines Nachtrages und Zusatzvereinbarung zur Erweiterung des bestehenden Baurechtes Mühlriegel an der EZ 2165, KG Lend)**
- 2. Abschluss einer Vereinbarung mit Wohnen Graz**

Die Stadt Graz räumt der ENW, Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft m.b.H., Theodor-Körner-Straße 120, 8010 Graz, an den Gdst. Nr. 1300/3 und 1301/5, je KG Lend, rückwirkend ab 01.10.2017 auf die Dauer von 60 Jahren ein Baurecht zur Errichtung von ca. 18 Wohnungen ein.

Ein entsprechender Nachtrag im Sinne des Motivenberichtes wird errichtet und sämtliche übrigen Vertragsbedingungen des Baurechtsvertrages bleiben vollinhaltlich aufrecht.

Die entsprechende Zusatzvereinbarung und das Übereinkommen zwischen Wohnen Graz und der ENW werden ebenfalls um die vorgenannten Grundstücke erweitert.

Der Antrag wurde mit Mehrheit (gegen Grün) angenommen.

**7.5 Stk. 7) A 10/BD-007174/2009-0049 Stadtteilentwicklung Reininghaus -
A 10/8-080609/2018-0002 Quartier 2 - GStNr. 332/13, Vereinbarung
über die Erschließungs- und
Gestaltungsmaßnahmen**

1. Der vorstehende Bericht wird genehmigt.
2. Der beiliegenden und einen integrierenden Bestandteil des gegenständlichen Berichtes bildenden Vereinbarung über die Erschließungs- und Gestaltungsmaßnahmen „Reininghaus Quartier 2 - Grundstück Nr. 332/13“ wird die Zustimmung erteilt.
3. Die Stadtbaudirektion wird bevollmächtigt, allfällige im Zuge der weiterführenden Verfahrensschritte notwendige redaktionelle Änderungen mit dem Vertragspartner vorzunehmen. Nach Vorliegen der endgültigen Fassung wird die Stadtbaudirektion diese dem Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl zur rechtsgültigen Fertigung übermitteln.
4. Die Abteilung für Verkehrsplanung wird die verkehrsrelevanten Themen dieser Vereinbarung im Sinne des Rahmenplanes begleiten.

Der Antrag wurde mit Mehrheit (gegen Grün) angenommen.

**7.6 Stk. 8) A 10/BD-007174/2009-0050 Stadtteilentwicklung Reininghaus Quartier
A 10/8-045595/2018-0003 12- Bildungscampus Vereinbarung über die
Erschließungs- und
Gestaltungsmaßnahmen**

1. Der vorstehende Bericht wird genehmigt.
2. Der beiliegenden und einen integrierenden Bestandteil des gegenständlichen Berichtes bildenden Vereinbarung über die Erschließungs- und Gestaltungsmaßnahmen „Reininghaus Quartier 12 – Bildungscampus“ wird die Zustimmung erteilt.

3. Die Stadtbaudirektion wird bevollmächtigt, allfällige im Zuge der weiterführenden Verfahrensschritte notwendige redaktionelle Änderungen mit dem Vertragspartner vorzunehmen. Nach Vorliegen der endgültigen Fassung wird die Stadtbaudirektion diese dem Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl zur rechtsgültigen Fertigung übermitteln.
4. Die Abteilung für Verkehrsplanung wird die verkehrsrelevanten Themen dieser Vereinbarung im Sinne des Rahmenplanes begleiten.

Der Antrag wurde mit Mehrheit (gegen Grün) angenommen.

**7.7 Stk. 9) A 10/BD-010010/2011-206 Smart City Graz Mitte,
A 10/8-004 7 52/2018-0002 Ergänzung zur Umsetzungsvereinbarung v.
15.12.2015, Stadt Graz - Grundeigentümer**

1. Der gegenständliche Bericht wird genehmigt
2. Der beiliegenden und einen integrierenden Bestandteil des gegenständlichen Berichtes bildenden Vereinbarung „Smart City Graz Mitte - Ergänzung zur Umsetzungsvereinbarung v. 15.12.2015" wird die Zustimmung erteilt.
3. Die Stadtbaudirektion wird bevollmächtigt, allfällige im Zuge der weiterführenden Verfahrensschritte notwendige redaktionelle Änderungen mit dem Vertragspartner vorzunehmen. Nach Vorliegen der endgültigen Fassung wird die Stadtbaudirektion diese dem Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl zur rechtsgültigen Fertigung übermitteln.
4. Die Abteilung für Verkehrsplanung wird die verkehrsrelevanten Themen dieser Vereinbarung im Sinne der Festlegungen des Gesamtprojektes begleiten.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

- 7.8 Stk. 14) A 8 - 77397/2017-33 Abteilung für Verkehrsplanung,
Ausbau Puntigamerstraße, Finanzierungsanteil
Stadt Graz, Erhöhung der bestehenden
Projektgenehmigung um€ 220.000,-- in der AOG
2019**

In der AOG 2018-2019 wird die Erhöhung der Projektgenehmigung „Ausbau Puntigamerstraße“ über € 220.000,-- von € 530.000,-- auf € 750.000,-- lt. Motivenbericht erteilt.

Der Antrag wurde mit Mehrheit (gegen Grün) angenommen.

- 7.9 Stk. 15) A 8 - 77397/2017-34 Baudirektion, GKB-Eisenbahnkreuzungen,
Machbarkeits- und Verkehrsuntersuchungen;
1. Projektgenehmigung über € 210.000 in der
AOG 2018-2020,
2. Kreditansatzverschiebung von € 10.000 und
Ausgabeneinsparung von € 200.000 in der
AOG 2018**

1. In der AOG 2018-2020 wird die Projektgenehmigung „GKB-Kreuzungen“ über € 210.000, davon für 2018 € 10.000, für 2019 € 180.000 und für 2020 € 20.000, erteilt.
2. In der AOG 2018 wird die neue Fipos
5.61200.728600 „Entgelte für sonstige Leistungen, GKB-Kreuzungen“
(Anordnungsbefugnis: BD, Deckungsklasse:BD060) mit € 10.000 geschaffen, die
Fipos 6.61200.346000 „Investitionsdarlehen von Kreditinstituten“ um € 10.000
erhöht und werden die Fiposse
5.69000.002000 „Straßenbauten, NVK Hauptbahnhof“
6.69000.346000 „Investitionsdarlehen von Kreditinstituten“ um je € 210.000,--
gekürzt.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

- 7.10 Stk. 16) A 8 - 77397 /2017-36 Stadtplanungsamt, Klimamonitoring;**
1. Projektgenehmigung über € 80.000 in der AOG 2019-2023,
2. Ausgabeneinsparung von € 80.000 in der AOG 2018

1. In der AOG 2019-2023 wird die Projektgenehmigung „Klimamonitoring“ über € 80.000, davon für 2019 € 30.000 und für 2019-2023 je € 12.500, erteilt.
2. In der AOG 2018 werden die Fiposse 5.03100.728200 „Entgelte für sonstige Leistungen“ 6.03100.346000 „Investitionsdarlehen von Kreditinstituten“ um je € 80.000,-- gekürzt.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

- 7.11 Stk. 17) A 8/4 - 14451/2017 Personalamt, SN 1 und Pensionen,
Kreditansatzverschiebung in Höhe von
insgesamt € 1.520.000,- in der OG 2018**

In der OG 2018 werden die Fiposse

1.01120.566000 „Zuwendungen aus Anlass von Dienstjubiläen“ um € 500.000,-

1.01120.566100 „Zuwendungen aus Anlass von Dienstjubiläen, Abfertigungen“ um € 500.000,-

1.01120.566200 „Zuwendungen aus Anlass von Dienstjubiläen, Treueentschädigungen“ um € 500.000,-

1.08000. 760100 „Pensionen und sonstige Ruhebezüge (einschl. DG-Beitrag), Graz AG“ um € 20.000,-

erhöht und zur Bedeckung die Fipos

1.08000. 760000 „Pensionen und sonstige Ruhebezüge (einschl. DG-Beitrag)“ um € 1.520.000,- gekürzt.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

7.12 Stk. 18) A 8 - 77405/2017-0142 Kulturamt und Abt. f. Bildung u. Integration, TU Graz - Projekt Haus des Kindes, Kreditansatz- und Eckwertverschiebung in Höhe von € 332.600,-- in der OG 2018

In der OG 2018 wird die Fipos

1.24010.774000.001 „Kap. Transferz. an sonst. Träger d. öffentl. Rechts“

„Verschiedene“ um € 332.600,-- erhöht und zur Bedeckung die Fipos

1.28000.754000-001 „Lfd. Transferz. an sonst. Träger d. öffentl. Rechts“ „Verschiedene Universitätsförderungen“ um € 332.600,-- gekürzt. Der Eckwert der Abteilung für Bildung und Integration erhöht sich dadurch um € 332.600,- und der Eckwert des Kulturamtes vermindert sich um denselben Betrag.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

7.13 Stk. 19) A 8 - 40945/08 - 67 Creative Industries Styria GmbH; Richtlinien für die o. Generalversammlung gem. § 87 Abs 2 des Statutes der Landeshauptstadt Graz 1967; Stimmrechtsermächtigung

Der Vertreter der Stadt Graz, StR Dr. Günter Riegler, wird ermächtigt, in der am 10.12.2018 stattfindenden ordentlichen Generalversammlung der Creative Industries Styria GmbH insbesondere folgenden Anträgen der Tagesordnung zuzustimmen:

1. TOP 2. Feststellung der Beschlussfähigkeit
2. TOP 3 Genehmigung des Protokolls vom 12.07.2018
3. TOP 4. Bestätigung der Tagesordnungspunkte
4. TOP 5. Beschlussfassung der Jahresplanung und des Budgets 2019
5. TOP 6. Berichterstattung durch die Geschäftsführung

Der Antrag wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ) angenommen.

**7.14 Stk. 21) A 10/8 - 0107415/2018/0001 Radverkehrsmaßnahmen /
A8-77397 /2017-38 Radoffensive mit dem Land Steiermark,
Projektgenehmigung über € 2.100.000 in
der AOG 2019-2021**

1. Die Projektgenehmigung für die Radverkehrsmaßnahmen 2019-2021 über € 2,1 Mio. (davon 2019 und 2020 je € 1.000.000 und 2021 € 100.000) wird erteilt. Die Bedeckung des städtischen Anteils von € 1.050.000 erfolgt durch eine Umschichtung aus dem Investitionsfonds-Bereich Baudirektion, der aktuelle Stand über Höhe und bisherige Verwendung des Investitionsfonds geht aus der Ausschussinformation für den Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen, Immobilien sowie Wirtschaft und Tourismus hervor.
2. Bei den oben angeführten Radverkehrsprojekten kommt es zu einer 50%-Teilung zwischen Stadt und Land, jedoch ist eine 100%-Vorfinanzierung durch die Stadt Graz erforderlich. Die Abteilung für Verkehrsplanung wird mit der Durchführung der erforderlichen Schritte für die Maßnahmenumsetzung in

Abstimmung mit den betroffenen Abteilungen von Stadt, Land und der Holding Graz sowie der Abwicklung der Vorfinanzierung der Landesmittel beauftragt.

3. Eine Vorziehung / Umreihung einzelner nicht gelisteter GRW - Projekte, welche im Rahmen von anderen, externen Straßenausbauten oder Bauvorhaben / Bebauungsplanungen auftreten, ist in Abstimmung mit dem Land Stmk. möglich.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

**7.15 Stk. 22) A 10/8 - 107784/2018/0001
A8-77397 /2017-37**

**Projektgenehmigung,
Fußverkehrsmaßnahmen über
€ 1.200.000 in der AOG 2019 - 2020**

1. In der AOG 2019-2020 wird die Projektgenehmigung „Fußgängermaßnahmen 2019/2020“ über € 1.200.000, davon je € 600.000 für 2019 und für 2020, erteilt. Die Bedeckung dieser Summe erfolgt durch eine Umschichtung aus dem Investitionsfonds-Bereich Baudirektion - der aktuelle Stand über Höhe und bisherige Verwendung des Investitionsfonds geht aus der Ausschussinformation für den Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen, Immobilien sowie Wirtschaft und Tourismus hervor.
2. Die Abteilung für Verkehrsplanung wird mit der Durchführung der erforderlichen Schritte für die Maßnahmenumsetzung in Abstimmung mit den betroffenen Abteilungen von Stadt und Land sowie der Holding Graz beauftragt.
3. Eine Vorziehung einzelner nicht gelisteter Projekte, welche im Rahmen von anderen, externen Straßenausbauten oder Bauvorhaben / Bebauungsplanungen auftreten, ist in Abstimmung mit betroffenen Dienststellen möglich.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Berichterstatterin: GRⁱⁿ Hopper

- 7.16 Stk. 1) Präs 049861/2011/0019 A8-22244/2017-10 UNESCO-Kategorie II Zentrum - Änderung der Projektgenehmigung vom 1. Juni 2017 hinsichtlich**
- 1. Empfänger der Zahlung von jährlich € 150.000,- über 5 Jahre,**
 - 2. Laufzeit der Projektgenehmigung**

Hopper:

Geschätzter Herr Bürgermeisterstellvertreter, liebe Stadtregierung, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste auf der Galerie. Im vorliegenden Stück geht es um das Unesco-Zentrum. Bekanntlich haben wir mit dem Gemeinderatsbeschluss vom 1. Juni 2017 das Europäische Trainings- und Forschungszentrum für Menschenrechte und Demokratie, kurz ECC, eine jährliche Subvention für die Jahre 2017 bis 2021 in Höhe von € 150.000,- bewilligt und die Projektgenehmigung hierfür erteilt. Dafür notwendig war die Gründung eines Fonds zur Förderung dieser Förderung der Menschenrechte in Gemeinden und Regionen gemäß dem Bundesstiftungs- und Fondsgesetz. Auch das haben wir genehmigt. In der Gründungserklärung für besagten Fonds zur Förderung der Menschenrechte, die von Vertreterinnen und Vertretern der drei zuständigen Gebietskörperschaften unterzeichnet wurde, sind auch die Auszahlungsmodalitäten festgelegt worden. Es hat sich etwas nach hinten verzögert und diese Errichtung dieses Fonds ist im Endeffekt ausschlaggebend dafür, dass wir die Laufzeit dieser Projektgenehmigung jetzt hier für die Jahre 2018 bis 2022 beschließen und quasi diese fünf Jahresperiode verschieben. Deswegen dürfen wir hier den Antrag einbringen:

Der Gemeinderat wolle gemäß § 19 Abs 4 des Statutes mit der erforderlichen erhöhten Mehrheit beschließen, dass die bewilligte Projektgenehmigung in Form von € 150.000,- über die besagten Jahre auch ausbezahlt wird. Angegeben sind dann auch noch einmal die Eckdaten zu besagtem Konto. Antragspunkt Nr. 2 ist, dass die Laufzeit des Projektes geändert wird von 2017 bis 2021 auf wie vorher schon erläutert 2018 bis 2022 und ich darf um Zustimmung bitten.

Die Berichterstatterin stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

1. Die bereits bewilligte Projektbewilligung in Form einer jährlichen Subvention in der Höhe von € 150.000,- über 5 Jahre an das Europäischen Trainings- und Forschungszentrum für Menschenrechte und Demokratie für ein UNESCO-Kategorie II Zentrum wird als Vermögenswidmung auf das Konto des „Fonds zur Förderung der Menschenrechte in Gemeinden und Regionen“ jeweils zu Jahresbeginn ausbezahlt. Die Bedeckung erfolgt aus dem Eckwert der Präsidialabteilung. Konto IBAN: AT51 3800 0000 0504 3138, BIC: RZSTAT2G
2. Die Laufzeit der Projektgenehmigung wird geändert und für den Zeitraum von 2018 bis 2022 festgelegt.

Der Antrag wurde einstimmig (46:0) angenommen.

Bgm.-Stv. Mag. (FH) **Eustacchio**: Ich habe vergessen zu erwähnen, dass das Stück Nr. 2 abgesetzt wurde, der guten Ordnung halber, daher kommen wir zu Stück Nr. 10.

Berichtstatter GR. DI. Topf

**7.17 Stk. 10) A14-045059/2017 14.21.0 Bebauungsplan
„Reininghaus Quartier 2 - Alte Poststraße“
XIV. Bez., KG 63109 Baierdorf**

GR Topf:

Sehr geehrter Herr Bürgermeisterstellvertreter, werte Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Tribüne. Ich habe heute die Aufgabe, unseren Vorsitzenden des Planungsausschusses, der leider krankheitshalber verhindert ist, sozusagen auch in der

Berichterstattung etwas zu ersetzen. Ob mir das gelingt, weiß ich nicht, aber ich versuche es und werde das erste Stück hier berichten. Es geht um den Bebauungsplan Reininghaus Quartier II, Alte Poststraße. Eine Weiterentwicklung der Bebauungspläne in diesem Quartier. Dieses Stück wurde gestern ausführlich besprochen und hat auch mehrheitlich eine Zustimmung erhalten. Ich möchte vielleicht auf einen Punkt, der jetzt sozusagen nicht zur Berichterstattung kommt, weil er hier schon vorabgesprochen wurde, jetzt anschneiden, nämlich einen Punkt, der in der Diskussion, und das ist immer wieder auch ein wenig meine Intention, aber insbesondere auch von Peter Piffli-Percevic, dass wir gerade im Quartier Reininghaus bei den Bebauungsplänen möglichst weitgehend Einstimmigkeit erreichen wollen. Daher ein Punkt jetzt von mir kurz angeschnitten, der insbesondere auch der Grünen Fraktion sozusagen einen Anknüpfungspunkt bietet diesen Bebauungsplänen und den dazugehörigen Erschließungs- und Gestattungsverträgen sozusagen die Zustimmung zu erteilen.

Zwischenruf Bgm.-Stv. Mag. (FH) Eustacchio: Meine Damen und Herren, ich darf Sie bitten, etwas mehr Disziplin zu wahren, denn sonst versteht man nichts.

Topf:

Es geht im Wesentlichen darum, dass bei diesen Bebauungsplänen und in den entsprechenden zivilrechtlichen Verträgen dazu es jetzt auch um das Management, um die Maßnahmen des Parkraumes geht. Wir haben seinerzeit im Rahmenplan, übrigens ist gestern 1990 gesagt worden und nicht 2010, ich wollte das nur anmerken, also 2010 diesen Rahmenplan einstimmig beschlossen. Bei diesem Rahmenplan wurde auch der Focus auf Sammelgaragen gelegt. Das heißt, dass intendiert wird, dass der Weg zum eigenen PKW etwas länger wird als die möglicherweise in der Nähe befindlichen öffentlichen Verkehrsmittel. Genau dieser Punkt, der jetzt sehr ausführlich im Maßnahmenkatalog Parkraum beschrieben wird, genau dieser Punkt wird auch in

diesem Maßnahmenkatalog Parkraum aufgenommen. Ich darf vielleicht dazu ganz kurz ausführen, weil mir das wichtig ist, insbesondere auch unserer Fraktion, aber insgesamt uns allen, dass diese Bebauungspläne mit den zivilrechtlichen Verträgen auch möglichst weitgehend eine Einstimmigkeit finden. Hier wird ausgeführt, Ein- und Ausgänge zu der gemeinsamen unterirdischen Sammelgarage müssen auch direkt, und das ist entscheidend, von allgemein zugänglichen Freiflächen erreichbar sein. Direkte Übergänge, sei es in Form von Treppen, Verbindungsgängen, Aufzügen usw. zwischen Garage und den darüber errichteten Häusern sind maximal 50 % der oberirdischen Nutzfläche zulässig. Das heißt, hier wird schon ganz klar intendiert, dass der „bequeme Weg“ zwischen Nutzung und PKW-Abstellplatz, sag ich jetzt einmal, schon insofern relativiert wird, dass man bewusst sozusagen den Weg zum Auto auch möglicherweise über eine etwas leichtere oder etwas schwierigere Wegstrecke überwinden muss, um die Intention der Benutzung des ÖV etwas zu erleichtern bzw. in den Vordergrund zu stellen. Ich wollte damit nur sagen, dass das schon ein wesentlicher Punkt ist, der aus dem einstimmig beschlossenen Rahmenplan zumindest in seiner sehr adäquaten Form übernommen wurde. Jetzt bin ich vom Bebauungsplan etwas weggekommen, aber es war mir wichtig, das anzuführen, weil gerade die Bebauungspläne in Reininghaus aus meiner Sicht mit den entsprechenden zivilrechtlichen Verträgen sehr ausführlich und sehr eingehend alle Maßnahmen und Überlegungen berücksichtigend ausgearbeitet wurden.

Ich darf daher den Antrag stellen, der Gemeinderat wolle beschließen den 14.21.0 Bebauungsplan „Reininghaus Quartier 2 - Alte Poststraße“, bestehend aus dem Wortlaut, der zeichnerischen Darstellung samt Planzeichenerklärung und dem Erläuterungsbericht, und die Einwendungserledigungen. Unter dem, hoffentlich auch von ihnen goutierten, Aspekt, dass ich auch die Erschließungs- und Gestattungsverträge hier etwas ausführlicher dokumentiert habe.

Der Berichterstatter stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

1. den 14.21.0 Bebauungsplan „Reininghaus Quartier 2 - Alte Poststraße“, bestehend aus dem Wortlaut, der zeichnerischen Darstellung samt Planzeichenerklärung und dem Erläuterungsbericht, und
2. die Einwendungserledigungen.

GR. Mag. **Muhr:**

Sehr geehrter Herr Bürgermeisterstellvertreter, sehr geehrte Zuhörerinnen und Zuhörer auf dem Balkon, werte Kolleginnen und Kollegen. Sehr geehrter Antragsteller, lieber Georg, vielen Dank für deinen Bericht. Wie du schon gesagt hast, Reininghaus ist natürlich ein ganz wichtiges Projekt für Graz. Es hat sogar Potential für ein europäisches Vorzeigeprojekt im Grunde, wenn alle Entwicklungen und infrastrukturelle Maßnahmen dort auch ergriffen werden. Darum ist es auch wichtig, dass die Infrastruktur gerade auch bei diesem Stück, und das hängt ja auch mit dem nächsten Stück zusammen, Bebauungsplan Quartier 12, wenn diese Infrastruktur passt, dann spricht ja auch nichts dagegen, aber man muss jetzt auch wissen, dass dort ein Schulcampus entsteht mit ca. 1.500 Schülerinnen und Schülern, die dort unterzubringen sind, auf der einen Seite und im Quartier 2 soll das Stadtzentrum von Reininghaus entstehen, mit einer Höhe von 22-geschossigen Gebäuden und 17-stöckigen Gebäuden, also ein Leuchtturm in Reininghaus und es ist auch geplant gewesen, dass der städtebauliche Verlauf vom Quartier 2 zum Quartier 12, also zum Bildungscampus, oberirdisch, also über eine Grünanlage verlaufen sollte. Das war ja ursprünglich geplant, da wäre auch der Zugang zu dem Schulcampus in sicherer Form möglich gewesen für die Schülerinnen und Schüler und auch für alle Bewohner, die dort demnächst einziehen werden. Jetzt ist es aber so, dass gerade diese beiden Quartiere von der Alten Poststraße zukünftig durchschnitten werden quasi und diese Alte Poststraße ist eine Straße, wo täglich 20.000 Autos durchfahren und zukünftig wahrscheinlich noch mehr, wenn dort auch die Wohnungen bezogen werden. Jetzt steht für uns natürlich die Sicherheit im Vordergrund und auch das Städtebild, das dort

entstehen soll. Es war ja auch die Unterführung ein Diskussionspunkt in dieser ganzen Sache, die ja sogar von den Bauträgern getragen wurde, mitgetragen wurde, die auch bereit gewesen wären, soweit ich das weiß, einen finanziellen Beitrag zu leisten und ich denke auch, das Land Steiermark hätte dort sicher auch in seine Kasse gegriffen, um dieses Projekt dort so zu finanzieren, dass es auch für die Zukunft weitreichend ist. Aus diesem Grunde werden wir diesem Stück und auch dem nächsten Stück die Zustimmung nicht erteilen, obwohl Reininghaus, und das möchte ich hier noch einmal explizit sagen, auch für uns ein ganz wichtiges Projekt ist, das wir auch bei den anderen Bebauungsplänen immer wieder unterstützt haben und auch weiter unterstützen werden, wenn die Infrastruktur auch passt.

GR. Dreisiebner:

Danke dem Vorredner Muhr. Liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Damen und Herren auf der Galerie. Wie man sieht, scheiden sich in Graz die Geister, vor allem am Verkehr. Der Kollege Muhr hat schon gerade das Thema ausgeführt, dass wir zwar mit hohen Zielen in einen smarten, auf offenem Feld zu errichtenden, wo wirklich viele Möglichkeiten, quasi Vorzeigestadtteil Reininghaus herangehen, schon lange herangehen. Es wurde schon erwähnt, wann der Rahmenplan beschlossen wurde. Allerdings beim Verkehr da zerreißt es uns, sage ich jetzt volkstümlich. Es ist adäquat im Rahmenplan gerade einen Punkt, ich nehme das Wort von Georg Topf, adäquat, den einen Punkt mit den Sammelgaragen herauszunehmen, herauszureklamieren, weil man an das Thema doch nicht so glaubt, bzw. das doch nicht so vertreten will. Ähnliches gilt, wenn man im Zentrum eines neuen Stadtteils, der ja autoarm, fußläufig mit kurzen Wegen ausgestattet und das Hauptverkehrsmittel ist ÖV, also der öffentliche Verkehr, die Straßenbahn, die kommen soll, aber auch natürlich Radverkehr. Wenn das dann konterkariert wird, indem man einfach eine Straße, die jetzt richtigerweise schon 20.000 Fahrzeuge sehr dominant hier durchfluten lässt, ich weiß, dort ist noch nichts gebaut, das wird sich

aber nicht ändern, nur, weil an den Straßenrändern dann bald Häuser stehen, egal wie hoch und wie viele. Die Dominanz wird bleiben, das sehen wir auch am Bahnhofgürtel und an anderen Einfahrts- und Zufahrtsstraßen. Da scheiden sich einfach die Geister. Da wäre einiges mehr möglich gewesen. Ich sehe, dass das nicht gewollt ist, dass es dafür eine Mehrheit gibt, hier doch wieder konventionell zu arbeiten. Vor allem in Richtung des Autoverkehrs. Das müssen wir mehrheitlich zur Kenntnis nehmen, Mehrheit ist Mehrheit, zustimmen müssen wir nicht und werden wir nicht und, wie gesagt, das macht einen Unterschied und es macht am Ende wahrscheinlich auch einen Unterschied, ob wir ein europaweites Vorzeigemodell in der Stadtentwicklung anhand von Reininghaus etc. sind, oder ob es dann doch andere Städte wie Wien, Freiburg usw. sind, danke.

Topf:

Ich möchte darauf schon replizieren, weil ja genau das auch das Thema gestern in der Diskussion war. Wenn man jetzt auch korrekt auch die Diskussion oder die Ergebnisse und auch die Aussage der Stadtplanung hier auch wiedergeben muss, soll, dann ist doch ganz eindeutig darüber gesprochen worden, dass die Unterführungssituation hier angesprochen wurde und es durchaus noch Überlegungen gibt, allenfalls Überführungen zu machen. Das ist gestern ganz eindeutig von Herrn Inninger angesprochen worden. Ich muss das nur relativieren, weil es erstens so aussieht, als hätten wir a priori gesagt, es ist uns gleichgültig. Es ist gestern ganz klar gesagt worden, die Unterführung ist nicht mehr Thema, weil ja schon die Maßnahmen jetzt gesetzt werden, die gar nicht mehr eine Unterführung in diesem Sinne möglich machen, sondern es ist eine Überführung allenfalls angedacht und das wurde gestern ganz klar von Herrn Inninger gesagt. Es waren ja mehrere Kollegen da, die dieses Thema gestern angesprochen haben. Karl, nicht böse sein, wenn du jetzt sagst, in diesem Rahmenplan die Überlegung Sammelgarage findet sich überhaupt nicht wieder, genau diese Intention wurde zwar nicht zu 100 %, aber zu einem hohen Anteil

in diesem Bereich Maßnahmen Parkraum, in den Gestattungs- und zivilrechtlichen Verträgen hineingeschrieben. Du hast offensichtlich die Verträge nicht gelesen. Ich bitte aber um Zustimmung dieses Bebauungsplanes.

Der Antrag wurde mit Mehrheit (gegen SPÖ, Grüne und Neos) angenommen.

Berichterstatter: GR. DI. Topf

7.18 Stk. 11) A14-043514/2017

05.30.0 Bebauungsplan „Reininghaus Quartier 12, Kratkystraße - Alte Poststraße“ V. Bez., KG 63105 Gries

Topf:

Hier geht es um das gleiche Quartier insgesamt, auch wieder um den Bereich Reininghaus, um das nächste Quartier, wenn ich das so sagen darf. Es geht um das Quartier 12, das ist der Bebauungsplan 05.30.0 Kratkystraße – Alte Poststraße. Auch gestern wieder die Diskussion darüber und hier auch wieder die Diskussion, wie sieht das aus mit den zivilrechtlichen Verträgen im gleichen Ausmaß oder in der gleichen Diktion, wie ich es vorher mit dem Quartier 2 berichtet habe. Ich darf zum Antragstext kommen, vorausschauend oder voranstellend, dass es auch hier wieder um diese Parkraumgeschichte gegangen ist und auch wieder um die Möglichkeit der „gefahrlosen“ Überquerung der Alten Poststraße. Ich darf zum Antragstext kommen, der lautet wie folgt: Der Gemeinderat wolle beschließen den 05.30.0 Bebauungsplan „Reininghaus Quartier 12, Kratkystraße -Alte Poststraße“, bestehend aus dem Wortlaut, der zeichnerischen Darstellung samt Planzeichenerklärung und dem Erläuterungsbericht, und die Einwendungserledigungen. Ich bitte um Annahme auch dieses Stückes.

Der Berichterstatter stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

1. den 05.30.0 Bebauungsplan „Reininghaus Quartier 12, Kratkystraße - Alte Poststraße“, bestehend aus dem Wortlaut, der zeichnerischen Darstellung samt Planzeichenerklärung und dem Erläuterungsbericht, und
2. die Einwendungserledigungen.

Der Antrag wurde mit Mehrheit (gegen SPÖ, Grüne und Neos) angenommen.

Berichterstatter: GR. DI. Topf

7.19 Stk. 12) A14-043694/2014/0029

**04.19.1 Bebauungsplan „Waagner-Biro-Straße - Peter-Tunner-Gasse“;
1. Änderung, IV. Bez., KG Lend**

Topf:

Ich darf das dritte Stück jetzt berichten. Das ist ein Stück, das hier den Bereich Waagner-Biro-Straße - Peter Tunner-Gasse, die erste Änderung betrifft. Auch das wurde heute noch einmal hier besprochen, nachdem dieses Stück verbunden mit den entsprechenden Übereinkommen mit den neuen Grundeigentümern gestern hier unterbrochen wurde und heute dann nachträglich hier noch einmal referiert wurde, nachdem man sich eingehend auch mit dem Grundsatzbeschluss, was auch hier wieder die Erschließung und die zivilrechtlichen Verträge betrifft, auseinandergesetzt hat. Ich darf daher diesen Bebauungsplan zur Abstimmung bringen. Der Gemeinderat wolle beschließen den 04.19.1 Bebauungsplan „Waagner-Biro-Straße - Peter-Tunner-Gasse“, 1. Änderung bestehend aus dem Wortlaut, der zeichnerischen Darstellung samt Planzeichenerklärung und dem Erläuterungsbericht. Nachdem das heute auch aufklärend im unterbrochenen Ausschuss sowohl im verkehrlichen als auch dem städtebaulichen Teil beschlossen wurde, gehe ich davon aus, dass hier Einstimmigkeit vorliegen wird. Ich bitte um Annahme.

Der Berichterstatter stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

Den 04.19.1 Bebauungsplan „Waagner-Biro-Straße - Peter-Tunner-Gasse“,
1. Änderung, bestehend aus dem Wortlaut, der zeichnerischen Darstellung samt
Planzeichenerklärung und dem Erläuterungsbericht.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Berichterstatter. GR. DI. Sickl

7.20 Stk. 13) A14-019395/2018

**04.34.0 Bebauungsplan „Austeingasse -
Kalvarienbergstraße - Hackhergasse –
Grimmgasse“, IV. Bez., KG 63104 Lend**

GR Sickl:

Hoher Stadtsenat, werte Damen und Herren. Um ein wenig Abwechslung
hineinzubringen, stelle ich den Bebauungsplan Austeingasse-Kalvarienbergstraße-
Hackhergasse-Grimmgasse vor. Hierbei handelt es sich um eine Blockschließung eines
vorhandenen L-Blockes, der jetzt komplett geschlossen wird. Alle Einwendungen sind
bearbeitet worden und so darf ich namens des Ausschusses für Stadt- und
Grünraumplanung den Antrag stellen, der Gemeinderat wolle beschließen den 04.34.0
Bebauungsplan „Austeingasse - Kalvarienbergstraße - Hackhergasse – Grimmgasse“,
bestehend aus dem Wortlaut, der zeichnerischen Darstellung samt
Planzeichenerklärung und dem Erläuterungsbericht, und die
Einwendungserledigungen.

Der Berichterstatter stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

1. den 04.34.0 Bebauungsplan „Austeingasse - Kalvarienbergstraße - Hackhergasse
– Grimmgasse“, bestehend aus dem Wortlaut, der zeichnerischen Darstellung
samt Planzeichenerklärung und dem Erläuterungsbericht, und

2. die Einwendungserledigungen.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Berichterstatter: GR. Haberler, MBA

- 7.21 Stk. 20) A10/BD-079033/2018 Fußgängerzone Schmiedgasse Nord
A 8-77397/2017-35 und Landhausgasse, Neugestaltung,**
- 1. Projektgenehmigung über € 2.000.000,-in der AOG 2019-2020**
 - 2. Ausgabeneinsparung i.d.H.v. € 850.000,-in der AOG 2018**

GR Haberler:

Geschätzte Kollegen, es geht um die Neugestaltung der Fußgängerzone Schmiedgasse Nord und Landhausgasse. Das ist eine relativ aufwändige Baustelle, da auf die Wirtschaftstreibenden, auf die Veranstaltungen in der Stadt Graz eingegangen wird. Es wird in zwei Bauabschnitten erfolgen, die Leitungen hätten schon gemacht werden sollen, sind aufgrund des kurzfristigen EU-Ministertreffens quasi nach hinten verschoben worden. Die Holding ist sehr bemüht, mit den Wirtschaftstreibenden und auch mit dem Graz Tourismus usw. einen sehr guten, gangbaren Weg zu finden, der Aufwand dürfte sich lohnen, da die Planung schon im Endstadium ist und auch funktionieren wird. Es werden entlang der Schmiedgasse Bäume gepflanzt, was sehr interessant ist und ich bitte um Zustimmung.

Die Berichterstatterin stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

Öffentliche Gemeinderatssitzung vom 15. November 2018

1. Die Projektgenehmigung für die Neugestaltung der Fußgängerzone Schmiedgasse Nord und Landhausgasse über € 2.000.000,- inkl. USt in der AOG 2019-2020 wird erteilt und die Aufnahme in die mittelfristige Investitionsplanung der Stadt Graz beschlossen.

Die Bedeckung von € 1.150.000,- erfolgt durch eine Umschichtung aus dem Investitionsfonds-Bereich Baudirektion - der aktuelle Stand über Höhe und bisherige Verwendung des Investitionsfonds geht aus der Ausschussinformation für den Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen, Immobilien sowie Wirtschaft und Tourismus hervor.

Die Projektabwicklung erfolgt durch die Holding Graz - Stadtraum entsprechend dem Betriebsführungsvertrag und der Servicevereinbarung. Die finanztechnische Abwicklung erfolgt dabei über den Fremdbuchungskreis 902.

Projekt	Ges. Kost	RZ	MB 2019	MB 2020
Fußgängerzone Schmiedgasse Nord und Landhausgasse Neugestaltung	2.000.000	2019-2020	800.000	1.200.000
RZ = Realisierungszeitraum				
MB = Mittelbedarf				

2. In der AOG 2018 kommt es zu einer Ausgabeneinsparung i.d.H.v. € 850.000,- wie folgt:

5.61200.002310 „Straßenbauten, FUZO Schmiedgasse“ (AOB: BD) mit € - 850.000,-

6.61200.346000 „Investitionsdarlehen von Kreditinstituten“ (AOB: A8) mit € - 850.000,-

GRⁱⁿ Ribo:

Liebe Gäste auf der Galerie, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, sehr geehrter Herr Vizebürgermeister. Ich möchte einen Zusatzantrag einbringen, und zwar gerade in der Innenstadt gibt es wenige Spielmöglichkeiten für Kinder, sodass ein zusätzliches

Angebot sinnvoll und notwendig wäre. Mit geringem finanziellem Aufwand könnten in der Schmiedgasse und Landhausgasse kleine Elemente oder auch nur Bodenbemalungen geschaffen werden, die Kinder zum Spielen anregen.

Ich stelle daher namens der Grünen – ALG folgenden

Zusatzantrag:

Der Gemeinderat der Stadt Graz möge beschließen:

In die Neugestaltung der Fußgängerzone Schmiedgasse Nord und Landhausgasse werden kinderfreundliche Elemente im Sinne einer „beispielbaren Stadt“ miteinbezogen. Sowohl das Kinderbüro als auch ExpertInnen zum Thema, wie beispielsweise der Verein Fratz Graz, sollen in die Planungen eingebunden werden.

Originaltext des Zusatzantrages:

Gerade in der Innenstadt gibt es wenige Spielmöglichkeiten für Kinder, sodass ein zusätzliches Angebot sinnvoll und notwendig wäre. Mit geringem finanziellem Aufwand könnten in der Schmiedgasse und Landhausgasse kleine Elemente oder auch nur Bodenbemalungen geschaffen werden, die Kinder zum Spielen anregen.

Ich stelle daher namens der Grünen – ALG folgenden

Zusatzantrag:

Der Gemeinderat der Stadt Graz möge beschließen:

In die Neugestaltung der Fußgängerzone Schmiedgasse Nord und Landhausgasse werden kinderfreundliche Elemente im Sinne einer „bespielbaren Stadt“ miteinbezogen. Sowohl das Kinderbüro als auch ExpertInnen zum Thema, wie beispielsweise der Verein Fratz Graz, sollen in die Planungen eingebunden werden.

GR. Ing. **Lohr:**

Sehr geehrte Damen und Herren. Danke, Herr Kollege Haberler, für die Vorstellung des Berichtes. Wir haben auch gestern im Ausschuss hier eine schöne Präsentation schon gesehen auf Power Point-Folien, jedes Detail, wie die Baumbepflanzung ist, es wird auch an die Sicherheit gedacht, da wird es versenkbare Böller geben, eben auch zum Schutz der Grazer, es werden Bäume gepflanzt und es wird eben ein schönes Stück werden. Sogar die Beleuchtung ist schon ganz detailliert dargestellt worden. Die Umsetzung kann nur etappenweise folgen, weil man eben auch auf Veranstaltungen wie das Aufsteirern-Fest natürlich Rücksicht nehmen muss. Es ist ein logischer Lückenschluss, wir binden das Joanneumsviertel ein und das macht wirklich den Raum ums Rathaus sehenswerter und lebenswerter. Auch darf man den Urheber der Sache nicht verhehlen, der Vizebürgermeister Mario Eustacchio hat damals als Verkehrsstadtrat diese Idee gebracht, die jetzt schlussendlich mit Hilfe natürlich von mehreren Parteien zur Vollendung kommt (*Appl. ÖVP und FPÖ*).

In diesem Sinne, es gibt jetzt noch einen Zusatzantrag von den Grünen, mit diesem Sitz- oder Spielmöglichkeiten, da sehen wir hier jetzt nicht den geeigneten Standort. Es fahren hier Radfahrer mit großer Geschwindigkeit, gerade Sie von der Grünen Fraktion unterstützen ja diese Fahrradfahrer ja immer besonders und das wäre uns dort vermutlich zu gefährlich, einen Spielplatz auszuweisen. Wir stimmen natürlich freudig dem Antrag zu.

Haberler:

Ich möchte mich noch zum Zusatzantrag der Grünen noch zu Wort melden. Wir wissen ja, dass wir eine Familienpartei sind und jegliche Spielplätze immer sehr befürworten, vor allem wenn ich durch die Stadt gehe, ist es ganz gut, wenn die Kinder im Kinderwagen sitzen und einmal ein wenig Luft schnappen können, sich bewegen können, damit man Ruhe hat. Dass das der geeignete Platz ist, das sage ich einmal, wagen wir zu bezweifeln. Wir haben auch schon in Erfahrung gebracht, dass mittlerweile schon eben ein Standort geprüft wird. Ich will keinen genauen Ort nennen, aber im Kern der Stadt Graz ist hier angedacht, dass ein Spielplatz kommt, der meiner Meinung nach eine geeignetere Location ist, als jetzt in der Schmiedgasse. Bodenbemalungen auf den teuren Granitsteinen, ob das mit der ASVK so übereinstimmt und so weiter und zweckdienlich ist das wage ich auch zu bezweifeln. Deswegen werden wir nicht zustimmen aus besagten Gründen, vor allem, weil es schon angedacht ist, einen Spielplatz in der Innenstadt zu realisieren.

GR.ⁱⁿ Wutte:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste. Ich möchte schon noch kurz auf das Gesagte reagieren. Grundsätzlich ist es sehr erfreulich, dass ein weiterer Spielplatz in der Innenstadt angedacht ist, weil es hier tatsächlich, wie alle Eltern wissen, sehr wenig Spielmöglichkeiten für Kinder gibt, aber es ist ein bisschen ein Missverständnis um was es in dem Zusatzantrag eigentlich geht. Es geht nicht darum, einen Spielplatz in der Schmiedgasse zu errichten, sondern es geht um ein Konzept, das sich bespielbare Stadt nennt, was auch in Deutschland, in der Stadt Griesheim schon umgesetzt wurde, wo es nicht darum geht, dass Kinder nur auf Spielplätzen spielen können, sondern dass man sozusagen an Schulwegen, an wenig befahrenen Straßen, in Fußgängerzonen immer wieder am Wegrand so Elemente errichtet. Das kann alles Mögliche sein, etwas Kleines, auf das man klettern kann, etwas, das am Boden gemalt ist, einfach damit Kinder auf ihren Wegen durch die Stadt die Möglichkeit zum Spielen vorfinden. Es gibt da teilweise ganz lustige Videos im Internet, wo man sieht, dass das nicht nur von

Kindern genutzt wird, sondern Menschen jeden Alters einen Moment innehalten und spielen und sich die Zeit vertreiben. Das ist es, worum es in diesem Zusatzantrag geht. Einfach nicht nur zu sagen, in einer Stadt gibt es Spielplätze für Kinder und an den anderen Orten gibt es nichts mehr, wo sie sich aufhalten können. So dass man immer wieder durch kleine Elemente Spielgelegenheiten schafft. In diesem Sinne, so denke ich, wäre es sehr wohl möglich, in der Schmiedgasse etwas zu gestalten und finde es deswegen sehr schade, dass der Zusatz hier keine Mehrheit findet.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Der Zusatzantrag der Grünen wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ, SPÖ, Grüne und Neos) abgelehnt.

Berichterstatter: StR.ⁱⁿ Wirnsberger

**7.22 Stk. 23) A23-094412/2015-0011 Klimawandelanpassung in Graz -
Aktionsplan 2022**

Wirnsberger:

Geschätzte Kollegen auf der Stadtregierungsbank, werte Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderatssitzungssaal, sehr geschätzte Gäste auf der Galerie. Es ist mir eine Freude, Ihnen heute ein Stück vorlegen zu dürfen und berichten zu dürfen, dass die Stadt Graz bereits seit einigen Jahren beschäftigt. Es geht um die Anpassung an die Folgen des Klimawandels, die wir unmittelbar bereits in dieser Stadt zu spüren bekommen. Hier herrschte seit dem ersten Antrag, seit unserem Grundsatzbeschluss am 17. November 2016, überparteiliche Einigkeit, vielleicht noch einmal zur Erinnerung, wir haben am 17. November 2016 einen Grundsatzbeschluss gefasst, uns

mit dem Thema Klimawandelanpassung in der Stadt zu befassen. Es wurden Handlungsfelder dazu ausgemacht. Diese sind urbane Grünräume, Ökosysteme und Biodiversität, Wasserhaushalt und Wasserwirtschaft, Raumordnung, Raumplanung, Bauen und Wohnen, Verkehrsinfrastruktur und Mobilität, Gesundheit und Soziales, Naturgefahren, Katastrophenmanagement, Energie und Versorgung, Tourismus und Freizeit, Wirtschaft und Industrie. An der Breite dieser Themenfelder erkennt man auch schon, dass das ein Thema ist, das man ganz klassisch als Querschnittsmaterie bezeichnen kann. Eine Querschnittsmaterie, die sich auch durch die Zuständigkeiten in der Geschäftseinteilung der Stadt Graz zeigt und insofern haben wir den Prozess, um diese Handlungsfelder konkreter zu machen und für Graz zu definieren und einen Aktionsplan festzulegen, auch mit den zuständigen Abteilungen erarbeitet. Konsensual in einem langwierigen Prozess, denn man kann sich denken, ein so breit gefächertes Thema ist nichts, was man mal eben aus dem Ärmel schütteln kann. Deshalb möchte ich mich an dieser Stelle sehr herzlich bedanken bei Dr. Werner Prutsch, dem Umweltamtsleiter, dessen Abteilung federführend diesen Aktionsplan ausgearbeitet hat und bei allen Abteilungen, die mitgearbeitet haben, das sind namentlich das Sozialamt, das Gesundheitsamt, die Stadtbaudirektion, die Abteilung für Grünraum und Gewässer, das Stadtvermessungsamt, die Abteilung für Verkehrsplanung, das Stadtplanungsamt und die Bau- und Anlagenbehörde. (*Appl. Allgem.*)

Es freut mich sehr, dass wir uns quer durch die Stadt darauf geeinigt haben, uns diesem wichtigen Thema zu widmen, denn ich denke, wir Menschen funktionieren so, dass man sich immer besonders dann daran erinnert, dass etwas wichtig ist, wenn man es am eigenen Leib spürt. Die Grazerinnen und Grazer haben die Auswirkungen des Klimawandels in diesem Sommer ganz besonders am eigenen Leib zu spüren bekommen. Die ganze Bandbreite, da hat es alle Stückln gespielt. Von Hitzetagen, langanhaltenden Hitzewellen, keiner Abkühlung nachts, von Starkregenereignissen mit damit einhergehenden Überschwemmungen, bis hin zu Stürmen, wie wir sie zuvor noch nicht erlebt haben. Alles das sind die Auswirkungen, mit denen wir konfrontiert sind, und gerade auf kommunaler Ebene haben wir hier eine hohe Verantwortung, die Lebensqualität in Graz zu erhalten. Deshalb haben wir mit diesem Aktionsplan in

Abstimmung mit den Abteilungen insbesondere die Themen herausgearbeitet, die umsetzbar sind auch auf kommunaler Ebene, die möglichst rasch umsetzbar sind, von denen auch einige natürlich immer wieder und bereits in Bearbeitung sind. Die Kernpunkte sind dabei natürlich, das Grün zu den Menschen in die Stadt zu bringen, um der Hitzeentwicklung entgegenzuwirken, das heißt, offensive Begrünung, das heißt, Baumbepflanzungen, aber auch Wasserflächen zu schaffen in der Stadt, um für Kühlung zu sorgen und auch Abkühlungsmöglichkeiten den Grazerinnen und Grazern zu bieten und die zunehmende Bodenversiegelung einzudämmen und zu minimieren und auch Möglichkeiten zu suchen, bereits versiegelte Flächen wieder zu entsiegeln und sie weiterhin einer Nutzung zuzuführen. Ich wage zu behaupten, dass wenige Stücke so konsensual auch erarbeitet werden gemeinsam mit den Abteilungen. Das Umweltamt hat Workshops veranstaltet und Interviews gemacht. Die Abteilungen haben die Punkte, die ja bereits im Grundsatzbeschluss definiert sind, priorisiert, haben die Maßnahmen konkretisiert. Das Umweltamt hat das zusammengefasst in einem Aktionsplan. Die Abteilungen haben auch dieses fertige Stück noch einmal zur Durchsicht bekommen, haben da Zurückmeldungen gegeben, die eingearbeitet wurden und letztendlich konnten wir es am Montag im Umweltausschuss vorlegen und da möchte ich auch schon ankündigen, ich werde natürlich später ein paar Worte dazu sagen, dass uns gerade nach dieser sehr konstruktiven Diskussion am Montag im Umweltausschuss und der einstimmigen Beschlussfassung im Umweltausschuss der Abänderungsantrag, den heute Georg Topf von der ÖVP vorlegen wird, durchaus überrascht hat und ich ganz ehrlich sagen muss, für die Art und Weise, wie hier gearbeitet wurde, nämlich mit dem Ziel, alle einzubinden, der Querschnittsmaterie gerecht zu werden und der guten Zusammenarbeit, die hier zwischen den Abteilungen geherrscht hat, dieser Antrag, dieser Abänderungsantrag nicht dem entspricht, wie wir es gewohnt sind, hier zu arbeiten. *(Appl. Grüne)*

Was mich jedoch freut, inhaltlich sind wir uns alle einig, es ist eines der brisanten Themen unserer Zeit, es ist eine der großen Herausforderungen in unserer Stadt, das Thema anzugehen. Wir haben ein sehr gutes Ergebnis, das wir hier vorlegen konnten. Es ist ein Aktionsplan, der 23 Punkte umfasst, mit dem Ziel, diesen Aktionsplan einmal

bis 2022 umzusetzen. Wir haben auch festgehalten eine Evaluierung 2021, im Umweltausschuss waren wir gerne bereit, diese Rückmeldung auch noch einzubauen. Da kam der Wunsch, eine regelmäßige Evaluierung noch durchzuführen, das machen wir sehr gerne, das haben wir im Umweltausschuss bereits festgehalten. Also alles, was an Rückmeldungen im Ausschuss, wo der Ort ist, zu diskutieren gekommen ist, waren wir gerne bereit, darauf einzugehen. Es ist auch festgehalten, dass es eine digitale Stadtklimaanalyse braucht, da herrscht auch Einigkeit dazu, da ist das Umweltamt in einem sehr guten und engen Austausch mit der Stadtplanung. Dazu dieses Instrument brauchen wir, um moderne Modellierungen durchführen zu können. Wir haben einen Fachkongress zu dem Thema letzte Woche auch veranstaltet und dort erfahren wir auch, wir waren in Graz die Ersten, die eigentlich eine so fundierte Stadtklimaanalyse schon vor vielen, vielen Jahren durchgeführt haben. Es ist aber jetzt aber notwendig, hier auch mit der Zeit zu gehen und ein moderneres System einzuführen, um jetzt nicht bei anderen Städten ins Hintertreffen zu geraten. Auch das ist festgehalten in dem vorliegenden Stück. Ich darf nun abschließend den Antrag im Namen des Ausschusses für Umwelt und Gesundheit stellen. Der Gemeinderat wolle beschließen:

1. Der vorliegende Aktionsplan 2022 als Information zu den Arbeiten im Rahmen von Klimawandelanpassung in Graz wird zustimmend zur Kenntnis genommen.
2. Die geplanten Maßnahmen werden im Sinne des vorangestellten Motivenberichts weiterverfolgt, wobei das Umweltamt als Schnittstelle innerhalb des Magistrates bzw. des Hauses Graz agiert.
3. Zur Erstellung einer Datengrundlage als Basis für die Umsetzung des Aktionsplans wird eine Steuerungsgruppe Digitale Stadtklimaanalyse unter Federführung des Umweltamtes einberufen.

Ich bitte auch hier um Annahme, wie es bereits im Umweltausschuss einstimmig erfolgt ist. Herzlichen Dank.

Die Berichterstatterin stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

1. Der vorliegende Aktionsplan 2022 als Information zu den Arbeiten im Rahmen von Klimawandelanpassung in Graz wird zustimmend zur Kenntnis genommen.
2. Die geplanten Maßnahmen werden im Sinne des vorangestellten Motivenberichts weiterverfolgt, wobei das Umweltamt als Schnittstelle innerhalb des Magistrates bzw. des Hauses Graz agiert.
3. Zur Erstellung einer Datengrundlage als Basis für die Umsetzung des Aktionsplans wird eine Steuerungsgruppe Digitale Stadtklimaanalyse unter Federführung des Umweltamtes einberufen.

GR. DI. Topf:

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, werte Stadträtin Tina Wirnsberger, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates. Es geht bei meinem Abänderungsantrag überhaupt nicht um eine Desavouierung oder um eine Maßnahmenrelativierung, die hier vorgelegt worden ist. Es geht also überhaupt nicht darum, dass wir einzelne Maßnahmen, die hier im Stück ausführlich besprochen und angeführt sind hier, dass wir gegen Maßnahmen wären, oder Maßnahmen in eine andere Form gießen wollten. Es geht ausschließlich darum, dass wir insbesondere im Hinblick auch auf das Haus Graz und den Unternehmungen, die dort beheimatet sind, auch eine Brücke über die Stadtbaudirektion schließen. Das ist der einzige Grund, wieso wir im Punkt 2 die Schnittstelle sozusagen Umweltamt umformuliert haben in Abteilung 10, Stadtbaudirektion. Es geht in keinem Fall um eine Diskussion oder gar um eine Gegendarstellung zu den Maßnahmen, die dankenswerterweise, und der Umweltamtsleiter ist ja unter uns, das ist ausgezeichnet vorbereitet worden, auch die Maßnahmen, die wir im Umweltausschuss diskutiert haben, sind einstimmig angenommen worden, wir haben hier ausschließlich die Schnittstelle eher bei der Stadtbaudirektion gesehen als im Umweltamt. Insbesondere auch im Hinblick auf das Haus Graz. Ich darf daher den Abänderungsantrag stellen:

Namens des Gemeinderatsclubs der ÖVP stelle ich den Antrag, der Gemeinderat der Stadt Graz möge beschließen:

Punkt 2 des gegenständlichen Stücks soll folgenden Wortlaut haben:

„Die geplanten Maßnahmen werden im Sinne des vorangestellten Motivenberichtes weiterverfolgt, wobei die Mag. Abt. 10 – Stadtbaudirektion als Schnittstelle innerhalb des Magistrates Graz bzw. des Hauses Graz fungiert.“

Punkt 3 des gegenständlichen Stücks soll folgenden Wortlaut haben:

„Zur Erstellung einer Datengrundlage als Basis für die Umsetzung des Aktionsplanes wird eine Steuerungsgruppe „Digitale Stadtklimaanalyse“ mit folgenden Teilnehmern einberufen:

Mag.Abt. 10 – Stadtbaudirektion (Leitung)

Mag.Abt. 10-5 – Abt. f. Grünraum u. Gewässer

Mag.Abt. 10-6 – Stadtvermessungsamt

Mag.Abt. 14 – Stadtplanungsamt und natürlich die

Mag.Abt. 23 – Umweltamt“ sollen hier mit eingebunden werden.

Ich bitte um Annahme dieses Abänderungsantrages.

Originaltext des Abänderungsantrages:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Namens des Gemeinderatsclubs der ÖVP stelle ich den

Abänderungsantrag,

der Gemeinderat der Stadt Graz möge beschließen:

Punkt 2 des gegenständlichen Stücks soll folgenden Wortlaut haben:

„Die geplanten Maßnahmen werden im Sinne des vorangestellten Motivenberichtes weiterverfolgt, wobei die Mag.Abt. 10 – Stadtbaudirektion als Schnittstelle innerhalb des Magistrates Graz bzw. des Hauses Graz fungiert.“

Punkt 3 des gegenständlichen Stücks soll folgenden Wortlaut haben:

„Zur Erstellung einer Datengrundlage als Basis für die Umsetzung des Aktionsplanes wird eine Steuerungsgruppe „Digitale Stadtklimaanalyse“ mit folgenden Teilnehmern einberufen:

Mag.Abt. 10 – Stadtbaudirektion (Leitung)

Mag.Abt. 10-5 – Abt. f. Grünraum u. Gewässer

Mag.Abt. 10-6 – Stadtvermessungsamt

Mag.Abt. 14 – Stadtplanungsamt

Mag.Abt. 23 – Umweltamt“

GR. Dreisiebner:

Nette Worte, Herr Kollege Topf, nette Worte. Vielleicht ein wenig zur Genese des Ganzen. Es wurde von der Stadträtin Tina Wirnsberger ausgeführt, dass das sehr konstruktiv über verschiedene Abteilungen, auch hier der Dank von meiner Seite an alle Beteiligten, auch an alle Kolleginnen und Kollegen in den Ausschüssen, die hier konstruktiv gearbeitet haben, auch an dich lieber Georg. Wie das alles entwickelt wurde und wenn man dann in den Ausschuss geht und diese Zuständigkeitsfrage, die du jetzt versucht hast zu erläutern, noch immer nicht aufwirft, wenn man auch innerhalb der Stadtregierung meines Kenntnisstandes, da kann wahrscheinlich die Tina Wirnsberger dann authentischer dazu berichten, auch keinen Austausch findet, über diese federführende Zuständigkeit, sondern wenn das um 9.57 Uhr, für alle, die es nicht wissen, um 10 Uhr ist Schluss mit Abänderungsanträgen laut unserer internen Übereinkunft zwischen den Klubs, um 9.57 Uhr kommt und in keinsten Weise vorher

Gespräche gesucht werden auf formeller oder informeller Ebene, dann möchte ich dir glauben, dass es nicht um Desavouierung geht, bloß, ich tu mir schwer. Da geht es um etwas, was hier in diesem Hause, was in der Stadtregierung, was im Gemeinderat leider Einzug genommen hat. Gerade jetzt seit der letzten Gemeinderatswahl und seit der Konstituierung des neuen Gemeinderates und der neuen Stadtregierung, es wird zwar, so wie die Bundesverfassung es vorschreibt, im Proporz eine Stadtregierung gebildet, es darf sich natürlich auch eine Übereinkunft, vulgo Koalition bilden, das ist alles kein Thema, diese Mehrheiten können auch in Anspruch genommen und genutzt werden, das ist auch kein Thema, aber die Idee der Proporzverfassung, die wir leben müssen und sollen oder sollten und müssten, ist ja grundsätzlich die, dass man zusammenarbeitet und hier fehlt mir genau dieses Zusammenarbeiten, diese Kommunikation, dieser Austausch miteinander, im Verhältnis der einen Stadtregierungsmitglieder, der einen Klubs, aber vor allem der Stadtregierungsmitglieder, die innerhalb dieser Koalition, dieser Übereinkunft sind und jener, die außerhalb sind, die fehlt mir. Das nehme ich jetzt einfach als Beobachter wahr. Es war nicht im Sinne des Bundesgesetzgebers, der hier jetzt vor mehr als 70 Jahren diese Verfassung festgeschrieben hat, im Gedanken, dass man zusammenarbeiten soll auf den unterschiedlichen Ebenen. Das war nicht in diesem Sinne, dass das so passieren sol. Man kann zur Kenntnis nehmen, dass diese Zeiten vorbei sind, das ist eine Variante und die andere Variante, wir sind jetzt in dieser Verfassung und da wäre es den Beamtinnen und Beamten gegenüber fair und natürlich allen hier arbeitenden politisch arbeitenden Menschen gegenüber fair, ob das die Elke Kahr, ob das der Robert Krotzer, ob das die Tina Wirnsberger ist, ob das viele andere Menschen sind und es wäre am Ende den Bürgerinnen und den Bürgern gegenüber fair, wenn man das auch lebt, soweit es geht. Man kann dann unterschiedlich abstimmen. Aber wenn man das lebt und transparent lebt, also, warum kommt das nicht früher, wieso kann man das nicht diskutieren? Es hätte sicher einen guten Weg gegeben, zumindest den Weg der Kommunikation hätte es gegeben. Auch wenn man nicht einig wird. Den habt ihr nicht gesucht, das sage ich dir ganz ehrlich, Georg Topf, weil du den Antrag eingebracht hast. Das ist ein politisches Faktum, aus der

Beobachtung von 1 ½ Jahren. Ich lade euch alle herzlich ein, machen wir das über die Klubobleutekonferenz in der Vorbereitung, machen wir das über einen dringlichen Antrag, machen wir das über einen gemeinsamen Vorstoß, einigen wir uns darauf, die Zeiten des Proporz sind vorbei. Dann machen wir gemeinsam einen Vorstoß in Richtung Bundesgesetzgebung, dass diese Proporzverfassung, die die Kommunen, die Statutarstädte usw. pflegen müssen oder müssten, dass man die vom Gesetzgeber her abschafft, weil dann kann man das leben, was auf anderen Ebenen oder jetzt auch im Land Steiermark gelebt wird, man müsste die Oppositionsrechte dementsprechend ausbauen usw. das werden wir dann im Detail diskutieren, ich stehe gerne zur Verfügung, Anfang nächsten Jahres mit euch hineinzugehen und so eine Petition an den Bundesgesetzgeber zu richten. So viel zum Allgemeinen und zum Speziellen, wie gesagt, wir haben keine Freude, dass es so läuft.

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Pavlovec-Meixner:**

Sehr geehrter Herr Vizebürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste auf der Galerie. Ohne Klimawandel keine Klimawandelanpassungsstrategie. Würde es den Klimawandel nicht geben, würden wir uns mit dem Thema Klimawandelanpassung gar nicht beschäftigen müssen. Neben der Abholzung von Regenwäldern ist unsere Nutzung fossiler Brennstoffe massiv daran beteiligt, dass es den Klimawandel gibt, nämlich unser Umgang mit fossilen Brennstoffen im Verkehrs- und im Energiebereich. Für mich ist das auch sehr überraschend gekommen, zumal ich ja wieder einmal ein Vorgespräch mit dem Kollegen Topf gesucht habe, schon letzte Woche, zumal es im Ausschuss keine Anzeichen dafür gegeben hat, dass da so ein Abänderungsantrag kommen wird. Besonders überraschend finde ich das deshalb, weil es gut gelebte Praxis ist im Gemeinderat, ich nenne da nur das Beispiel Maßnahmenplan zur Luftreinhaltung, wird über viele Jahre koordinierend vom Umweltamt durchgeführt. Das wird von allen Fraktionen anerkannt, es wird sehr gut gemacht und deshalb ist es mir total unverständlich, warum man das Thema, das inhaltlich ganz klar beim Umweltamt angesiedelt ist, nämlich als Umwelt- und Energiethema, das inhaltlich ganz

klar da angesiedelt ist, jetzt vom Umweltamt wegzunehmen. Ich muss schon sagen, Stadtklima ist keine prioritäre Frage des Bauens. Stadtklima ist eine Frage der Grünraumausstattung und Stadtklima ist eine Frage unseres Umganges mit Ressourcen im Energie- und im Verkehrsbereich und gerade im Energiebereich, ich nenne nur die Fernwärmeversorgung, ich nenne viele Initiativen, hat das Umweltamt ganz tolle Arbeit geleistet und damit im Kleinen dazu beigetragen, unseren Beitrag dazu zu leisten, dass der Klimawandel in einem Promillebereich nicht so arg ist. Deshalb ist es jetzt nur logisch, dass das Umweltamt sich mit Klimawandelanpassungsstrategien beschäftigt und dass das Umweltamt hier das leitend weiterführt und ich kann nur sagen, ich verstehe diese Initiative überhaupt nicht.

Wirnsberger:

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen. Klimawandel ist das Stichwort, Klimawandelanpassung ist das, was notwendig ist. Wir haben jetzt über den Klimawandel in seinen Auswirkungen in den Naturgewalten hier in der Stadt gesprochen. Aber mein Kollege Karl Dreisiebner, unser Klubobmann, hat auch schon angesprochen den Klimawandel, der hier in dieses Haus eingekehrt ist. Er hat auch eine mögliche Anpassungsmaßnahme vorgeschlagen und ich kann mich dem nur anschließen. Denn was wir seit Beginn dieser Periode immer potenziert erleben, ist tatsächlich diese Vorgehensweise, dass die nicht zur schwarz-blauen-lila Koalition gehörenden Stadträtinnen und Stadträte an Themen arbeiten, Energie dort hineinstecken, die zuständigen Abteilungen und Ämter immer konsensual arbeiten, wir immer die Hand reichen und ihr sagt so gern, wir wären die „Neinsager“-Fraktion, das Gegenteil ist der Fall. Bei wie vielen schwerpunktmäßigen Themen, die ich in meinen Ressortzuständigkeiten behandelt habe, bin ich mit euch am Tisch gesessen, hab verhandelt und jedes Mal erlebe ich genau diese Vorgehensweise. Da bin ich schon, dem möchte ich mich anschließen, von dir, Georg Topf, sehr enttäuscht, dass da kein Wort in diesen vielen Möglichkeiten, die wir zuvor bieten, kein Wort bei diesen zahlreichen Gesprächsangeboten, die wir im Vorfeld machen, kein Wort gesagt wird

und dann, und ich nenne das tatsächlich ziemlich hinterrücks, kurzfristig uns etwas vor die Nase geknallt wird und ihr anscheinend, FPÖ und ÖVP, der Meinung seid's, wir haben eh die Mehrheit, wozu noch diskutieren? Darum geht's aber in der Demokratie. *(Appl.)* Genau deshalb haben wir in Österreich so ein demokratisches Wahlrecht, damit die unterschiedlichen Anliegen der Bürgerinnen und Bürger, die hier abgebildet sind in diesem Gemeinderatssitzungssaal, hier durch die unterschiedlichen Fraktionen im Proporzsystem vertreten werden und unsere Aufgabe ist es, uns darüber auszutauschen und die bestmöglichen Lösungen dazu zu finden. Wir haben die bestmögliche Lösung für diese Klimawandelanpassung gesucht, indem wir mit den Abteilungen gemeinsam gearbeitet haben. Sehr konstruktiv im Übrigen, alle Rückmeldungen eingearbeitet haben und die Abteilungen hier, und da möchte ich mich einmal mehr, und ich finde es sehr traurig, dass es notwendig ist, schützend vor unsere Beamtinnen und Beamten stellen. Es ist nämlich sehr wohl ein Affront gegenüber den Personen, die daran gearbeitet haben, es ist sehr wohl ein Affront, wenn man das Umweltamt über ein Jahr lang arbeiten lässt gemäß dem Auftrag, den ja ihr als Gemeinderat dem Umweltamt gegeben habt 2016. Die in die Arbeit hineingehen, viel Zeit investieren, viel Energie investieren, viele Gespräche führen. Am Ende ein sehr gutes Ergebnis hier vorlegen und dann hört man, eh super, eh schön, dass ihr das gemacht habt, aber das Ergebnis krallen dann wir uns und wir nehmen euch somit die Kompetenz. Die Beamten und Beamtinnen in dieser Stadt müssen leider auch immer öfter miterleben, dass ihre Arbeit nicht wertgeschätzt wird. Da könnt ihr euch hundertmal da herausstellen und dankeschön sagen. Weil das, was ihr dann tatsächlich tut, ist alles andere als Wertschätzung. Ihr macht die BeamtInnenschaft in dieser Stadt mürbe, ihr stoßt sie vor den Kopf und ihr habt keine Wertschätzung für sie. *(Appl.)*

Das, liebe Kolleginnen und Kollegen, finde ich, ist das eigentlich Traurige. Weil das eine ist die politische Ebene...

Zwischenruf unverständlich.

Wirnsberger:

Warst du im Umweltausschuss? Frag doch den Kollegen Haberler, der dort noch im Umweltausschuss gesessen ist und noch gelobt hat und sich bedankt hat, dass das jetzt einmal alles gesammelt wird. Wenn in der Zeitung steht, das war ein grüner Antrag...

Zwischenruf unverständlich.

Wirnsberger:

Lieber Kollege, du bist Gemeinderat, du kennst die Abläufe in dieser Stadt. Es wundert mich ehrlich gesagt, dass du dann argumentierst mit, etwas ist in der Zeitung gestanden, anstatt damit, wie hier gearbeitet worden ist.

Bgm.-Stv. Mag. (FH) Eustacchio:

Frau Stadträtin, ich darf ich Sie bitten, zum Ende zu kommen.

Wirnsberger:

Ich finde es ist nicht nur sehr bedauernswert, wie hier vorgegangen wird, ich finde es ist eigentlich eine Schande, wie hier vorgegangen wird. Ich freue mich, dass es inhaltlichen Konsens gibt. Wir werden sicherlich in unserem Zuständigkeitsbereich unser Möglichstes dafür tun, auch auf diese Art und Weise gemeinsam das Thema voranzubringen, denn die Sache ist eine enorm wichtige und ich hoffe und wünsche mir sehr, dass diese Nichtwertschätzung, die hier zum Ausdruck kommt den Beamtinnen und Beamten gegenüber...

Bgm.-Stv. Mag. (FH) **Eustacchio:**

Frau Kollegin, Ihre Zeit ist jetzt schon weit überschritten, ich darf Sie bitten zu enden.

Wirnsberger:

...endlich zu einem Schluss kommt und ein Schlußstrich gezogen wird und ihr endlich einmal damit aufhört.

Bgm.-Stv. Mag. (FH) **Eustacchio:**

Zur Geschäftsordnung zu Wort gemeldet hat sich Herr Stadtrat Krotzer.

StR. Mag. **Krotzer** zur Geschäftsordnung:

Ja, ich wollte mich zur Geschäftsordnung melden, um zu bitten, dass im Protokoll vermerkt wird, dass, wenn bei einer Rede von der Stadträtin Tina Wirnsberger hier aus der Freiheitlichen Fraktion das kommentiert wird mit einem „Mimimi“, dass das mehr als unpassend ist und vielleicht auch das Ersuchen an den entsprechenden Gemeinderat, sich vielleicht dann auch dafür zu entschuldigen.

GR. **Rajakovics** zur Geschäftsordnung:

Bevor wir über „Mimimi“, oder was man versteht, reden, möchte ich mich zur Geschäftsordnung melden und aufs Schärfste zumindest für unsere Fraktion, aber ich nehme an auch für die Freiheitliche Fraktion, zurückweisen, dass wir die Arbeit von Beamtinnen und Beamten in diesem Haus nicht wertschätzen. Das ist eine ungeheure Unterstellung, das tut man auch nicht. (*Appl.*)

Wir nehmen gerade einen Bericht zur Kenntnis, eine Strategie an der gearbeitet werden soll und haben ausschließlich festgelegt, das jetzt jene Ämter, Stadtplanung, Stadtvermessung, Grünraum, die angesprochen wurden, diese Dinge auch

weitertragen und weiterziehen sollen. Das Umweltamt wird weder Grünflächen ankaufen, noch irgendwelche Vorschriften machen können, ja selbstverständlich ist der Kollege Prutsch einer der wesentlichen Partner, auch für die Stadtbaudirektion, damit wir solche Dinge umsetzen können. Aber wir haben einfach geschaut, dass es in dem Bereich jetzt auch festgemacht ist, wo diese Strategie weiter umgesetzt wird, die tatsächlich diese Umsetzungsschritte machen können und da aus dem abzuleiten, dass wir keine Wertschätzung gegenüber den Inhalten oder der Arbeit von Beamten haben, das ist wirklich eine Sauerei und ich verstehe es überhaupt nicht, wie man so etwas unterstellen kann. *(Appl. ÖVP + FPÖ)*

Bgm.-Stv. Mag. (FH) Eustacchio:

Meine Damen und Herren, die Emotionen sind bei diesem Stück etwas stärker geworden. Ich darf von mir anmerken, a) selbstverständlich bringen wir allen Damen und Herren in der Beamtenschaft, die hier mitgewirkt haben, die hier mitgearbeitet haben, höchsten Respekt und Wertschätzung entgegen, zum Zweiten geht es nicht darum, Dinge zu verhindern, zu vermeiden, es ging nur darum, an welcher Stelle soll die Gesamtverantwortung, die Koordination zentriert werden. Das wurde mit diesem Zusatzantrag getätigt. Ich freue mich auf die diversen Umsetzungen, die werden wir alle sehen. Ich glaube, wir werden auch alle zufriedenstellen. Nur einen Satz zum Herrn Klubobmann Dreisiebner, weil er da die schwarz-blaue Koalition in dem Fall angegriffen hat, dass alles, was nicht innerhalb dieser Koalition passiert, abgelehnt wird. Ich darf daran erinnern, dass wir ein Budget gefasst haben und nächstes Jahr wird es wieder der Fall sein, wo sich alle Stadtsenatsreferenten mit ihren Themenstellungen wiederfinden, weil wir eben die Gesamtverantwortung für diese Stadt wahrnehmen, das tun wir damit. Wenn ich aus freiheitlicher Sicht zurückdenken darf an die schwarz-grüne Koalition, da war es gerade die Grüne Fraktion, die jeden Konsens mit anderen vermieden hat, ja sogar das Gespräch vermieden hat. Also hier jetzt so auf beleidigt zu tun, ist schon ein wenig vermessen, würde ich sagen. Ich darf

das Stück zur Abstimmung bringen, bevor ich den Vorsitz wieder an den Bürgermeister übergebe.

Der Abänderungsantrag wurde mit Mehrheit (gegen SPÖ, KPÖ, Grüne und Neos) angenommen.

Der Punkt 1 des Antrages wurde einstimmig angenommen.

Vorsitzwechsel – Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt den Vorsitz (14.10 Uhr).

Berichterstatter: StR. Dr. Riegler

**7.23 Stk. 24) A8 - 021777/2006/0361 Grund- und Finanzierungsvertrag (GUF) für
A 10/8 107344/2018/0001 den Verkehrsverbund Steiermark; Neufassung
zur Umsetzung der Verbundreform**

StR. Riegler:

Meine Damen und Herren, hoher Gemeinderat, Herr Vorsitzender, Kollegen von der Stadtregierung. Es gibt wahrscheinlich kaum ein so spannendes Thema wie das Thema der Verkehrsfinanzierung. Deswegen darf ich Sie heute auf eine kleine Reise mitnehmen, was dieses Thema betrifft. Denn es hat zu den längst dauernden Projekten in meiner bisherigen Arbeit hier in der Stadtregierung gehört, sich eben gemeinsam mit Karl Kamper und der stellvertretenden Finanzdirektorin Susi Radocha um die Neuverhandlung des Grund- und Finanzierungsvertrages, wie er heißt, zu kümmern. Worum geht es? Grundsätzlich ist es so, dass EU-rechtliche Vorschriften schon seit einigen Jahren vorsehen, dass wir eben eine gedankliche Trennung durchführen zwischen der Bestellung von Verkehrsdienstleistungen und den Providerleistungen. In unserem Fall, im Fall der Stadt Graz, sind wir auf beiden Seiten vertreten. Einerseits

bestellen wir Verkehrsleistungen für die Bürgerinnen und Bürger durch die Stadt, andererseits sind wir ja selbst auch Dienstleister in Form der Holding Graz, deren Eigentümervertreterverantwortung ich übernehmen darf. Daher haben wir natürlich klarerweise gewissermaßen ein Phänomen von zwei Seelen, die in einer Brust pochen. Auf der einen Seite, meine Damen und Herren, wollen wir natürlich möglichst zu konkurrenzfähigen, zu günstigen Preisen den öffentlichen Verkehr anbieten, damit möglichst viele Menschen ihr Auto stehenlassen und dann eben im Sinne eines vernünftigeren Modalsplit entweder mit dem Rad fahren, zu Fuß gehen oder etwa den öffentlichen Verkehr benutzen. Andererseits muss man wissen, dass der öffentliche Verkehr natürlich bei weitem nicht kostendeckend durch die Holding Graz führbar ist. Die jährlichen Zuschüsse, das heißt Vorinvestitionen, die jährlichen Zusatzerfordernisse aus dem allgemeinen Budget betragen zuletzt bis zu 40 Mio. Euro im Jahr. Das muss man als Voraussetzung wissen. Dementsprechend muss man immer bei der Behandlung der Themen, und ich weiß, es wird heute auch noch einen Antrag der KPÖ geben, muss man daher bei der Behandlung der Themen immer mit einem Augenmaß herangehen in der sozusagen Interessensabwägung zwischen einer Förderung des öffentlichen Verkehrs und der Teilhabe am öffentlichen Verkehr einerseits und andererseits der Schonung der Stadtfinanzen und der Schonung des Stadtbudgets. Nun ist es so, dass dieser Vertrag ein Mehrparteienvertrag ist zwischen dem Verkehrsverbund, der jetzt als GmbH geführt wird, als große GmbH, die dann in Zukunft in der neuen Struktur ein Budget von jährlich 138 Mio. Euro haben wird. Weiters zwischen dem Land Steiermark und schlussendlich der Stadt Graz. Ein wesentlicher Change neben vielen anderen im Stück dargestellten Changes ist, dass in Zukunft eben einerseits zahlt die Stadt Graz etwas in den Verkehrsverbund ein, das war auch bisher so, andererseits bekommt nunmehr die Stadt Graz aus dem Verkehrsverbund Mittel, die sie dann eben als Auftraggeber eben an die Verkehrsdienstleister, z.B. an die Holding, weitergibt und dafür gibt es wieder einen Verkehrsfinanzierungsvertrag, den wir ja schon seit vielen Jahren haben und der ja hervorragend funktioniert und dessen Managementgremium dieses Verkehrskontrollgremium ist in dem eben immer der zuständige Verkehrsreferent, in

dem Fall Frau Kollegin Elke Kahr, und meine Wenigkeit als Eigentümerversorger der Holding sitzen.

Nun, die Verhandlungen haben schon einige Jahre gedauert. Die Hauptverhandlungen führt natürlich die Verwaltung, hat ganz konkret Karl Kamper geführt mit Dr. Hensle vom Verkehrsverbund. Es waren auch die politischen Büros natürlich eingebunden und ich möchte wirklich an dieser Stelle ganz besonders Karl, dir, danken, denn du bist wirklich jemand, der mit einer knochentrockenen, technischen, sauberen Analysekraft stets die Dinge auf den Punkt bringt, die Dinge zuspitzt und in diesem Geflecht an komplexen Strukturen, an komplexen Fachausdrücken, Zahler- und Lieferantenbeziehungen, dass hier stets der Überblick gewahrt wird, weil letzten Endes ist es natürlich so, es kommt dann halt immer auf Geldbeträge oder auf irgendwelche Prozentbeträge an. Diese Zuspitzung ist erfolgt, erfolgt, erfolgt, über das ganze Jahr 2018 hinaus, bis dann kurz vor dieser Gemeinderatssitzung dann tatsächlich der Druck immer größer wurde seitens des Landes, seitens des zuständigen Herrn Landesrates Lang, jetzt möglichst schnell den Sack zuzumachen, was mich wenig freut. Ich habe ihn zwar angerufen, vielleicht kannst du, Michi Ehmann, gelegentlich beim Landesrat ein gutes Wort einlegen, denn er hat mich nämlich bis jetzt noch nicht zurückgerufen. Denn seitdem scheine ich ein rotes Tuch zu sein. Was ist der Vorwurf? Der Vorwurf ist der, dass ich dafür gekämpft habe, den Zuschussbedarf für die Holding Graz und für das städtische Budget möglichst gering zu halten. Es ging ganz zum Schluss nur mehr um einen einzigen Satz, nämlich um eine Rückfallsklausel, die jeder von Ihnen, wenn er meinen Job hätte, genauso verhandelt hätte, nämlich eine Rückfallsklausel, sollten wir uns in drei Jahren bei der Evaluierung des Vertrages nicht einigen können, dann möge wieder die Regelung in Kraft treten, die jetzt schon gegolten hat, die jetzt schon gut war. Das war mein Ansinnen, denn es ist klar, hätten wir diesen Satz nicht hineinreklamiert in den Vertrag, dann wäre wir in drei Jahren bei der Evaluierung dagestanden, hätten gesagt, ja, mein Gott, der Zuschussbedarf der Holding steigt weiterhin, die Kosten steigen, die Teuerung ist da und das Land hätte gesagt, ja, verstehen wir alles, ist ja alles recht und schön, können wir aber leider nix machen.

Durch diesen Satz, den ich hineinreklamiert habe und den auch der Herr Bürgermeister so mitgetragen hat, durch diesen Satz besteht für uns die Möglichkeit, wenn wir uns in drei Jahren nicht einigen sollten, dass wir zumindest weiterhin eine Inflationsabgeltung bekommen, wie wir sie bisher bekommen haben. Ich möchte das schon an dieser Stelle sagen, das ist einfach meine Aufgabe als Finanzreferent und jeder, der das kritisiert, versteht offenbar nicht, was die Aufgabe des Finanzreferenten ist. Ich freue mich aber darüber, immerhin, dankeschön, ich freu mich aber darüber, dass immerhin in der Zeitung angemerkt wurde, dass das Ergebnis besser geworden ist, als man es hätte erwarten können. Insofern nehme ich das eigentlich als kleinen silbernen Stern, sozusagen die Gefreiten-Nadeln auf der Finanzstadträteehrenliste. Ich darf berichten, dass das Paket insgesamt so ist, dass man es gut verantworten kann. Wir haben einen maßvollen Schritt auch auf Verkehrsverbund und Land Steiermark zu gemacht und ich möchte auch nicht verhehlen, an dieser Stelle Herrn Landesrat Lang auch zu danken. Zu danken für das, was er geleistet hat bei der Co-Finanzierung der bevorstehenden Ausbauten der Straßenbahnen Reininghaus, Smart City und Innenstadtentflechtung, wo er bereit war, uns einen Vertrag zu geben und uns tatkräftig mit einem beträchtlichen zweistelligen Millionenbetrag uns dabei zu helfen, diese Straßenbahnausbauten für Graz zu machen. Für mich ist damit auch sozusagen alles im Grünen und ich freue mich auf eine hoffentlich baldige Begegnung mit ihm. Jedenfalls lege ich Ihnen heute diesen Grund- und Finanzierungsvertrag mit einem guten Gefühl vor, möchte allen, die da mitverhandelt haben, die mitgewirkt haben, danken, möchte auch für das Vertrauen danken bei den Verhandlungen und denke, dass wir damit, mit 1. Jänner, erfreulicherweise eine EU-rechtskonforme Rechtslage haben und damit auch weiterhin für den öffentlichen Verkehr in eine gute Zukunft schreiten. Danke.

Der Berichterstatter stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Neuabschluss des einen integrierenden Bestandteil dieses Beschlusses bildenden Grund- und Finanzierungsvertrags für den Verkehrsverbund Steiermark mit Gültigkeit

ab 01.01.2019 laut beiliegendem Entwurf wird genehmigt. Die Genehmigung gilt unter der Bedingung, dass die Republik Österreich und das Land Steiermark diesen in der gleichen Form bis spätestens 31.12.2018 unterfertigen.

GR Eber:

Sehr verehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen. Danke an Herrn Stadtrat Riegler für die informative Berichterstattung und danke natürlich auch von meiner Seite an alle, die da irgendwie mitverhandelt haben. Insbesondere auch der Finanzdirektor Karl Kamper. Es ist ja ein sehr vielfältiges Stück, mit vielfältigen Fragestellungen. Man könnte, wenn man so durchliest, einmal durchaus sagen, es ist ein recht kompliziertes Stück, das gar nicht so einfach zu verstehen ist als Laie. Ich möchte nur einen Punkt hier herausgreifen, den wir auch in der Vergangenheit schon immer wieder kritisiert haben. Es geht um die automatischen Tarifanpassungen, die jedes Jahr stattfinden zum ersten Juli. Bisher war es ja so geregelt, dass der Verbund seine Tarife um das bis zu 1,75 –fache der Inflation erhöhen durfte. Im neuen Vertrag ist es nun so geregelt, dass für die nächsten drei Jahre 2019, 2020, 2021 das 1,5-fache der Inflation erhöht werden darf und wir haben, wie gesagt in der Vergangenheit natürlich bei allen passenden Möglichkeiten natürlich versucht hier ein wenig entgegenzuwirken. Sind natürlich auch an den komplizierten Strukturen, die es gibt, gescheitert. Ich darf aber von daher folgenden

Abänderungsantrag

im Namen des KPÖ-Gemeinderatsklubs einbringen:

Der Antrag, der ja sehr kurz ist, letztlich, soll lauten:

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Neuabschluss des einen integrierenden Bestandteil dieses Beschlusses bildenden Grund- und Finanzierungsvertrags für den Verkehrsverbund Steiermark mit Gültigkeit ab 01. 01. 2019 laut beiliegendem Entwurf wird unter der Voraussetzung genehmigt, dass der Punkt 2.3. wie folgt geändert wird:

„Eine Erhöhung der Verbundtarife für die Jahre 2019, 2020 und 2021 wird ausgesetzt. (Der nachfolgende Satz entfällt). Die Genehmigung gilt unter der Bedingung, dass die Republik Österreich und das Land Steiermark diesen in der gleichen Form bis spätestens 31. 12. 2018 unterfertigen.“

Ich ersuche um Annahme mit dem Ziel, dass eine Tarifierhöhung für die nächsten drei Jahre sozusagen probeweise ausgeschlossen wird, weil ja danach ohnedies evaluiert wird. Dankeschön.

Originaltext des Abänderungsantrages:

Namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs stelle ich folgenden

Abänderungsantrag:

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Neuabschluss des einen integrierenden Bestandteil dieses Beschlusses bildenden Grund- und Finanzierungsvertrags für den Verkehrsverbund Steiermark mit Gültigkeit ab 01. 01. 2019 laut beiliegendem Entwurf wird unter der Voraussetzung genehmigt, dass der Punkt 2.3. wie folgt geändert wird:

„Eine Erhöhung der Verbundtarife für die Jahre 2019, 2020 und 2021 wird ausgesetzt. (Der nachfolgende Satz entfällt). Die Genehmigung gilt unter der Bedingung, dass die Republik Österreich und das Land Steiermark diesen in der gleichen Form bis spätestens 31. 12. 2018 unterfertigen.“

Bgm. Mag. Nagl:

Hoher Gemeinderat, ich möchte Neuzugänge auf der Tribüne ganz, ganz herzlich begrüßen. Die vierte Klasse von der HTL Ortweingasse mit 31 SchülerInnen und 2 Pädagoginnen sind bei uns eingetroffen. Sie werden eine Zeit lang auch der Sitzung zuhören, herzlich willkommen die Jugend, schön, dass ihr da seid's.

GR. Mag. Haßler:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren auf der Zuschauergalerie. Wir haben ja heute im Finanzausschuss auch schon sehr ausführlich über dieses Thema gesprochen und ich habe dort schon meiner Freude Ausdruck verliehen, dass endlich innerhalb der Grazer Flieder-Koalition, sprich ÖVP und FPÖ, sich ein Robin Hood gefunden hat, der jetzt auf die Black-Box Acht gibt und schaut, dass genügend Geld da ist. Der Herr Stadtrat Riegler hat sich jetzt ja sehr ausführlich dargestellt, wie sehr er auf die Finanzen der Stadt schaut und ich bin schon guter Hoffnung, dass er auch dann in der nächsten Gemeinderatssitzung, wenn wir über ein luftiges Verkehrsprojekt, sprich Gondel, reden werden, dass er dann auch genauso wachsam auf die Stadtfinanzen schauen wird und darauf schauen wird, dass die Prioritäten in dieser Stadt richtig gesetzt werden, weil da geht es immerhin um größere Summen, nicht um ein paar Hunderttausend Euro, sondern doch über 40 Millionen. So viel einmal zur Einleitung. Ich habe auch im Finanzausschuss gesagt, ich bin Finanzsprecher, in einer Funktion als Gemeinderat haben wir aber mehrere Funktionen wahrzunehmen und gerade beim Thema Verkehr geht es nicht nur um die Finanzen, sogar primär nicht um die Finanzen, sondern da haben wir ganz andere Sorgen, wenn wir an die Luftqualität in Graz denken. Das heißt, wir haben ein Riesen-Feinstaubproblem und da gilt es, nicht so sehr auf die Finanzen zu achten, aus meiner Sicht, sondern eher darauf zu achten, dass wir Anreize schaffen, dass der öffentliche Verkehr besser genutzt wird. Da ist es durchaus legitim, dass man da auch einmal Geld in die Hand nimmt, und es scheint genügend vorhanden zu sein, wenn man die Projekte mit den Gondeln und den 40 Mio. sich vor Augen führt. Dass man hier Geld in

die Hand nimmt und da durchaus auch einmal, daher werden wir auch den Antrag der KPÖ unterstützen, der zwar sehr populistisch ist, aber ich sage angesichts ...

Zwischenruf unverständlich.

Haßler: Populistisch kommt ja vom Volk. Populus kommt ja vom Volk, also passt das ja. Der zwar sehr populistisch ist, aber durchaus seinen Platz findet in Zeiten, wo man eben unsere Thematik mit Luftgüte usw. noch nicht gelöst haben. Ich hätte vor einigen Monaten gesagt, die Stadt kann sich das nicht leisten. Seitdem ich weiß, dass genügend Geld vorhanden ist, wie man bei den diversen Projekten sieht, sprich Gondel, also wenn 40 Mio. für eine Gondel vorhanden sind, dann werden auch ein paar Millionen für Verkehrsmaßnahmen und für billigeren, öffentlichen Verkehr in Graz vorhanden sein und in diesem Sinne darf ich ankündigen, dass die SPÖ diesem Abänderungsantrag der KPÖ zustimmen wird.

Bgm. Mag. Nagl:

Meine geschätzten Damen und Herren. Vielleicht in Richtung KPÖ, aber vielleicht auch in Richtung SPÖ und ganz generell. Ich bin dem Herrn Landesrat durchaus sehr dankbar und dem Finanzreferenten und dem Herrn Kamper, weil wir haben jahrelang hier herinnen immer wieder darüber diskutiert, wie wir denn diesen Schlüssel vom 1,75-fachen ändern können. Das war weder auf Partnerseite noch bei uns eine Lösung so einfach, weil wir ja selbstverständlich wissen müssen, dass alles, was dort reduziert wird, letzten Endes die Verkehrsunternehmen trifft, und da die Stadt Graz 40.000 km einmal pro Tag mit unseren Bussen um den Erdball fährt und wir diese gesamten Kosten bislang auch ziemlich alleine stemmen, indem wir mittlerweile mehr als 55 Mio. Euro zuschießen, ist das schon eine gewaltige Herausforderung für uns zu sagen, ja wir sagen ja bei einer geringeren Erhöhung für Verkehrsunternehmen. Wir sind beides,

Auftraggeber, aber gleichzeitig Auftragnehmer. Das hat es schwierig gemacht und der Landesrat Lang hat gesagt, ich möchte einen Schritt in die richtige Richtung tun. Das 1,5-fache und er war auch, wenn ich so sagen darf, auf Landesseite so großzügig, dass das, was wir verlieren als Verkehrsunternehmen, auch durch viele andere Diskussionen, die es dort noch gegeben hat, aber letzten Endes mehr als das auffangen. Nach drei Jahren würde, wenn wir keinen Schritt weiterkommen, wieder die alte Regelung in Kraft treten, darum haben wir zum Schluss noch gekämpft. Da ist endlich einmal etwas passiert. Aber jetzt auch zur KPÖ. Wir wissen das schon. Wenn man etwas Gutes tut, sagt ihr immer, noch einmal weniger und wenn man sagt, problematisch wird es bei euch wahrscheinlich, wenn wir sagen, es kostet nix mehr, dann müssen wir wahrscheinlich etwas dazuzahlen, wenn es um euch geht. Aber es ist, wenn man für den Verkehrsbereich verantwortlich ist, auch nicht ganz klar und wenn man sich auch um die soziale Absicherung unserer Damen und Herren, die bei der Holding im Linienbereich arbeiten, ist das auch ein wichtiger Aspekt, den wir nicht vergessen dürfen. Weil was ist denn diese jährliche Erhöhung? Diese jährliche Erhöhung haben wir in der Stadt Graz gebraucht, damit wir Busse modernisieren konnten. Diese Erhöhung haben wir gebraucht, damit wir neues rollendes Material angeschafft haben. Dieses Geld haben wir gebraucht, diese Erhöhung, die es jährlich gegeben hat, um neue Straßenbahnen und Buslinien zu schaffen. Dieses Geld haben wir letzten Endes gebraucht, um Treibstoff zu bezahlen und, und das ist jetzt ganz wichtig, unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Wenn man sagt, die nächsten drei Jahre ist nichts, beim Budget nicht mitgeht und dann den Leuten bei der Holding auch noch sagt, wahrscheinlich braucht ihr 5 % Lohnerhöhung, dann ist das irgendwie durchschaubar, dass das wirklich populistisch ist. Das ist der Grund, warum ich mit der Wortmeldung und dem Antrag da überhaupt nicht einverstanden bin, weil man einfach einmal sagt, das kostet wieder einmal alles nichts. Jetzt auch noch zur Sozialdemokratie, lieber Gerald Haßler, 1951, als die Sozialdemokratie in Österreich und in Graz richtig erstarkt ist, hat der damalige Bürgermeister Scherbaum, einer meiner Vorgänger, 1951, da war vieles in Graz noch in Trümmern, den Weitblick gehabt und gesagt, nehmen wir Geld in die Hand, weil die Menschen brauchen ein

Ausflugsziel wie Radegund und den Schöckel. Damals ist das gebaut worden. Unter meinem Vorgänger der Sozialdemokratie, Alfred Stingl, als die Sozialdemokratie ganz stark war in Österreich und in Graz, hat man gesagt, wisst ihr was? Wir müssen dringend 1985 diese Gondel mit viel Geld erneuern, weil diese Stadt braucht Freiräume, aber sie wird wachsen und jetzt haben wir in der Koalition beschlossen, dass wir den Plabutsch ebenso bis nach Thal, wo wir das Grundstück am See ja schon angekauft haben, darum hat mich übrigens ein sozialdemokratischer ehemaliger Bürgermeister der Nachbargemeinde Thal gebeten, der gekommen ist, ihr müsst das bitte kaufen, ich habe es nicht im Budget und sonst wird es privatisiert, dann ist das weg als Ausflugsziel. Wir haben damals zugeschlagen, haben uns das Seegrundstück gekauft, ich glaube, es macht auch Sinn, diese 40 % von dem Bundesforst am See selbst zu kaufen, damit wir etwas mit der Gemeinde zusammen entwickeln können und das schon wieder abzuwägen und zu sagen, na da hätten wir schon ganz gern auch ein Geld für den öffentlichen Verkehr. Wir achten darauf und der Finanzreferent wird ja dann wieder beim Budget auch wieder die Antworten geben, ich nehme nicht an, dass ihr mitgehen werdet, aber es könnte ja der Fall sein, auch bei geplanten 40 Mio., wobei man sagen muss, im Moment sind wir bei 35 Mio. plus 15 %, das sind die bekannten 5 Mio. Reserve, weil wir nicht wissen, was alles noch auf uns zukommen wird. Das ist eine vorsichtige Schätzung. Wenn wir das in die Hand nehmen, haben wir nicht darauf vergessen, in dieser Periode gemeinsam, im Übrigen mit einem sozialdemokratischen Landesrat, Vorsorge zu treffen, dass wir 120 Mio. Euro in neue Straßenbahnlinien von Graz investieren und auch nicht nur darüber reden, sondern auch schon umsetzen. Es wird eine Linie nach Reininghaus gehen, es wird eine Linie zur Smart City neben dem Bahnhof gehen und es kommt endlich die schon lange gewünschte Umfahrung der Grazer Herrengasse in die Neutorgasse mit Brückenbindung. Das heißt, der öffentliche Verkehr wird in dieser Regierungsperiode so wie in den letzten auch wieder massiv unterstützt. Traurig für mich ist nur, ihr seid's ja für den öffentlichen Verkehr zuständig und sagt, es soll alles nichts kosten. Zwei Jahre haben wir einmal gemeinsam ein Budget getragen. Ich habe damals, Elke Kahr und euch, vorgeschlagen, wir müssen diese Jahreskarte, die wir in

erste Linie verkaufen wollen, weil der Einzelfahrschein ist schön und gut, aber das, was ich gerne hätte, ist, dass die Menschen möglichst das ganze Jahr umsteigen und die war damals, über 400 € wäre sie gekommen mit dieser damaligen Verkehrsverbundfinanzierung. Dann habe ich gesagt, das geht so nicht, das kann sich ja niemand mehr leisten, dass er im Monat 400 € hinlegt und wir haben es mit eurer Hilfe um die 179 € reduziert und haben damit die günstigste Jahreskarte mit einem enormen Angebot und mit vielen Zusatzgoodies der Holding geschaffen und bis heute, mit Ausnahme der Steigerungen, auch zustande gebracht. Wisst ihr, was der Erfolg war? Der Erfolg war, dass wir von 11.000 Jahreskarten mehr als verdreifacht haben. Wir werden auch in drei Jahren darauf achten und werden auch jedes Jahr diskutieren, bis zum Ende dieser drei Jahre, wie es steht. Eine Geschichte ist mir wichtig. Die ganze Verkehrsverbundfinanzierung, wo das Land das erste Mal aufgemacht hat, muss weiter diskutiert werden, auch mit dem Bund und ich freue mich, dass der Bundesminister Hofer auch mithelfen möchte, er war schon mehrfach in Graz, um neue Projekte und neue Ideen anzukurbeln und da auch ein Geld locker zu machen. Er hat ja auch vor, einen großen Topf zu schaffen, wir waren in Wien, wir haben verhandelt, einen Topf zu schaffen, nicht nur für neue Verkehrsprojekte in Graz, sondern in ganz Österreich für den urbanen Raum, Salzburg, Innsbruck, Linz und Graz werden, so wie es jetzt aussieht, davon profitieren und deswegen bitte ich euch da schon einmal, auch den Menschen das zu sagen, was machbar ist und deswegen gefällt mir das Stück, aber der Abänderungsantrag gar nicht.

StRⁱⁿ Kahr:

Mein Kollege, der Manfred, hat eigentlich alles gesagt. In Kürze, wie es eigentlich unsere Art ist, aber, wenn du, lieber Herr Bürgermeister, da sozusagen diese Ausführungen tätigst, dann muss ich dazu noch etwas sagen. Populismus, lieber Herr Bürgermeister, oder etwas zu sagen, bis hin es soll gar nix mehr kosten, erstens haben wir das nie in diesem Haus so gesagt, was wir aber sehr wohl in diesem Hause schon

seit 20 Jahren sagen, dass wir einen öffentlichen Verkehr, bei aller Berechtigung, dass er ausgebaut werden muss, in der Notwendigkeit und dass das etwas kostet, aber auch die Tarifpolitik bei den Graz Linien, früher GVB, für die Bevölkerung stimmen muss. Populismus ist etwas, wenn man knapp vor einer Wahl etwas umsetzt, oder eben nur ankündigt und nach der Wahl nicht mehr fordert. Dazu gehören wir nicht. Wir stehen zu dem, was wir vorhergesagt haben und vertreten das auch nach einer Wahl, ob mit Ressortverantwortung oder ohne Ressortverantwortung. Hier dieses Anliegen der Jahreskarte, dass sie günstiger werden soll, daran kann ich mich erinnern, das war mein erster Dringlichkeitsantrag sogar in diesem Hause, dafür sind wir immer eingetreten, weil wir immer schon der Meinung waren, dass die Jahreskarte zu teuer ist und ich war sehr froh und dankbar, das sage ich jetzt auch dazu, dass wir zwei Jahre die Budgetpartnerschaft gemeinsam mit der SPÖ und der ÖVP gehabt haben, wo das umgesetzt werden konnte und wo es auch einstimmig im Gemeinderat, war es überhaupt einstimmig? Ich weiß es gar nicht, glaub es gar nicht, umgesetzt haben. Tatsache ist, davon profitieren viele. Das ist vollkommen richtig und das ist ein Anliegen, das umgesetzt werden konnte, aber ein zweites, das wir auch jahrelang vertreten haben, war immer, dass man einmal von der jährlichen Indexierung abgehen soll. Wir haben nicht gesagt, auf 20 Jahre immer und ewig, sondern es ist notwendig, einmal auch sozusagen das auszusetzen und nicht immer jährlich um das 1,75-fache durchzusetzen. Es hat draußen nämlich wirklich niemand mehr verstanden und viele positive Leistungen, die wir eigentlich durchaus erbringen gemeinsam in dem Haus werden dadurch nicht verstanden und das bringt nicht unbedingt ein positiveres Image für die Graz Linien. Eines möchte ich auch sagen: Es gibt Bereiche bei uns, dafür haben wir eine Verpflichtung. Dazu gehört auch das Angebot und auch die Tarifpolitik des öffentlichen Verkehrs. Genauso, wie ich finde, den Bau und die Errichtung der Gemeindewohnungen, was wir immer gesagt haben. Wir sagen ja auch nicht, die Mieten in den Gemeindewohnungen verdoppeln wir jährlich um das 1,75-fache, nur damit etwas hereinkommt. Wohl wissend, dass wir dann für die, die es brauchen, die Leute raussanieren würden und so ähnlich sehen wir das auch beim öffentlichen Verkehr. Das ist eine Verpflichtung, so finde ich, die wir haben in der Daseinsvorsorge,

dazu gehört genauso die Müllabfuhr und alle anderen Bereiche. Das impliziert selbstverständlich auch, dass wir auf unsere Beschäftigten gut schauen, dass die Arbeitsbedingungen vorfinden, wo die Entlohnung, aber auch alles andere stimmt.

GR. Ehmann:

Herr Bürgermeister, geschätzte Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat, geschätzte Damen und Herren auf der ZuhörerInnentribüne. Ich wollte mich ursprünglich nicht melden, da hat auch schon einer Angst in der ersten Reihe, dass wir hier ziehen, das werden wir nicht.

Es geht grundsätzlich darum, ob Stärke oder Schwäche einer Fraktion, das will ich gar nicht bewerten, weil Hochmut kommt vor dem Fall, aber das werden so manche noch erleben. Vielleicht liegt die Schwächung auch daran, dass man Prioritäten vergessen hat. Prioritäten, wie man Dinge umzusetzen hat und was man an erster Stelle, zweiter Stelle, dritter Stelle umzusetzen hat. Ich glaube, dass es daran auch gelegen sein mag, nicht nur an internen Querelen usw., aber das ist jetzt keine Selbsthilfegruppe für die Sozialdemokratie, sondern ich will ganz klar sagen, uns steht ein Naherholungsgebiet insbesondere zur Diskussion, nicht, weil wir kein Naherholungsgebiet machen oder weil wir dagegen sind, oder weil wir keine Gondel in der Stadt Graz erlauben wollen, nein, für uns geht es um Priorisierung. Eine Gondel ja, wenn wir alle Hausaufgaben erledigt haben. Für uns sind die Hausaufgaben noch nicht erledigt, denn denken wir daran, dass wir in der zweitgrößten Stadt in Österreich bei 60.000 Studierenden keine Möglichkeit haben, mit einer Straßenbahnlinie zur Uni zu kommen. Denken wir daran, dass wir keine Straßenbahnlinie vom Murpark als Verlängerung zum Magna-Werk haben, wo 9.000 Menschen beschäftigt sind und ich finde das nicht sehr gescheit. Weil viele zum Umsteigen bewegt werden könnten, die dann mit der Straßenbahn dort zu ihrem Arbeitsplatz kommen. Vielleicht sogar eine Linie südwestlich angedacht bzw. im Bereich Straßgang, die sogar bis Seiersberg, um früher oder später einen Zentralraum Graz zu ermöglichen. Warum sage ich das, dass solche Sachen möglich wären, denn

Faktum ist, das ein Straßenbahnkilometer, zweigleisig geführt, mit Unterbau, Oberbau, drei Stationen inklusive, in etwa bei, also auf der grünen Wiese, in etwa bei 7 Mio. Euro liegt. Wenn man jetzt im bebauten Gebiet davon ausgeht, muss man vielleicht mit 7,5 bis 8 Mio. rechnen, ja. Aber da ist einiges an Kilometern möglich. Da wäre einiges da, was wir durchführen könnten, was wir umsetzen könnten, wo ich glaube, persönlich auch die Sozialdemokratie, dass den Menschen vordergründig mit derartigen Projekten vordergründig mehr geholfen wäre und sie mehr unterstützt wären, als mit einer Gondel vorläufig über den Plabutsch zu fahren. Aber das ist, wie gesagt, eine persönliche Meinung von uns und zur FPÖ, das finde ich auch lustig von euch, dass ihr euch da alteriert und Budgetpaktsituationen wieder aus dem Nähkästchen holts und hier jetzt bei einem 40-Mio.-Projekt über Plabutsch zum Thalersee mitgehts. Weil ich erinnere nur daran, dass ihr seinerzeit aus dem Budgetpakt ausgestiegen seid, weil der Thalersee Ankauf angestanden is, bzw. das Grundstück um den Thalersee, von 1,5 Mio. Euro haben wir damals davon gesprochen und da seid's ihr aus dem Budgetpakt ausgestiegen und habt gesagt, das geht nicht, das könnt ihr nicht mittragen, da seid's ihr weg. Jetzt bei 40 Mio. ist euer Sinneswandel interessant und euer moralisches Mäntelchen, das offensichtlich bei der Garderobe abgegeben wurde. Danke.

GR. Frölich:

Herr Bürgermeister, hoher Gemeinderat, zurück zum Thema. Lieber Michi Ehmman, du hast nicht aufgepasst. Wir sprechen über den Verkehrsfinanzierungsvertrag und der Herr Dr. Hensle als Geschäftsführer hat den Finanzstadtrat auf die Frage, ob gut verhandelt wurde, ausdrücklich gratuliert und hat gesagt, wenn ihr mich das fragt, es ist gut verhandelt worden, also das Ergebnis ist ein zufriedenstellendes. Ich glaube, dieser Reflex immer dann, wenn man für ein gutes Projekt etwas investiert, und das ist noch ein Satz zur Sozialdemokratie, der Reflex ist relativ verbraucht, dann zu sagen, naja, das Geld könnte man ja auch für etwas anderes verwenden. Das gibt es immer, das hören wir immer wieder. Schön, dass es auch andere Varianten gibt, ein Geld zu

verwenden, aber das wissen wir selbst auch. Eines möchte ich noch einmal hier bemerken. Ich war als Gemeinderat der in einen vorberatenden Fachausschuss geht, schon etwas überrascht, als ich da im Verkehrsausschuss sitze, die zuständige Verkehrsstadträtin ein Stück in den Ausschuss einbringt und dann mit ihrer Fraktion gegen das von mir eingebrachte Stück stimmt. Es ist eine lustige Vorgehensweise, mir fällt das der Philosoph, Kurt Luttenberger, mir fällt wieder etwas ein, der Philosoph Richard David Brecht ein, der einmal gesagt hat: „Man stellt sich die Frage, wer bin ich, und wenn ja wie viele?“ Man kennt sich hier nicht mehr aus. Das ist eine Vorgehensweise, die ist äußerst ungewöhnlich ist. Mir fehlt hier ein wenig die Orientierung, wie man denkt. Haben da die Fachbeamten etwas falsch gemacht, wenn man als zuständiger Fachreferent im Ausschuss ein Stück einbringt und dann sagt, eigentlich bin ich dagegen, bringe es aber ein. Das ist eine Vorgehensweise, die äußerst ungewöhnlich ist. Das grenzt fast ein wenig an eine Kapitulation vor der Erledigung der eigenen Aufgaben in meinen Augen, aber gut, vielleicht erleben wir das eh noch ein paar Mal, dann gewöhne ich mich daran. Ich will nur noch einmal wiederholen, dass dieser Vertrag sicherstellt, dass in den nächsten Jahren eine entsprechende Abwicklung des Verkehrs, so wie es notwendig ist, im Großraum Graz stattfindet und so zu tun, als dürfe ein qualitativ hochwertiger öffentlicher Verkehr nichts kosten, da verschließt man sich vor der Tatsache, und das weiß heute jeder Mensch, der Geld ausgibt und Geld verdient, dass es eine Inflation gibt, dass es Kostensteigerungen gibt, dass es Menschen gibt, die bei diesen Verkehrsbetrieben arbeiten, die nur dann ihr Geld bekommen können, wenn kostendeckend gearbeitet wird oder entsprechender Finanzierungsvertrag aufgestellt wird. So zu tun, als man bräuchte keine Anpassungen der Tarife, das ist Populismus in meinen Augen. Ganz einfach. Danke.

GR. Mag. **Sippel**:

Hoher Gemeinderat, der Michi Ehmman hat mich herausgefordert, hier tatsächlich zu berichtigen. Ich weiß, du bist erst in der letzten Periode so zwischendrin eingestiegen, du kannst dich natürlich nicht an alles erinnern. Wir sind nicht wegen dem Ankauf

Thaler See aus dem Stabilitätspakt, so wie es richtig geheißen hat, damals ausgestiegen, sondern weil man eben Intransparenz auch geortet haben. Es ist Geld aufgetaucht für dieses Projekt, wo wir nicht nachvollziehen haben können, wo dieses Geld her ist und das haben wir kritisiert damals und deswegen haben wir diesen Pakt verlassen, weil da Grundsätze, die wir da auch damals vertraglich, wo wir uns darauf eingelassen haben, wo wir uns geeinigt haben, nicht eingehalten worden sind und das ist schon ein bedeutender Unterschied, aber insgesamt finde ich es spannend, was da jetzt alles wieder zusammengeworfen wird und über was da alles diskutiert wird, was da eingebracht wird. Die Gondel, was hat die jetzt mit diesem Finanzierungsvertrag zu tun? Das frage ich mich schon. Der Unterschied ist, so glaube ich, der und damit schließt sich der Kreis, jetzt ist das auch und das Geld kommt ja auch aus dem Investitionsfonds, ist es transparent gestaltet, weil wir wissen, wo das Geld herkommt und die schwarz-blaue Koalition hat sich dazu entschlossen, ein Naherholungsprojekt auf dem Plabutsch zu machen, wo klar ist, wo das Geld herkommt. Das ist ein Geld aus dem Investitionsfonds, was vernünftig ist, weil wir nämlich auch damit Menschen die Möglichkeit geben, Naherholung zu genießen auf dem Plabutsch, für die es sonst vielleicht eben nicht möglich ist. Beispielsweise, weil sie kein Auto haben und nach Radegund fahren können, oder weil sie eben nicht wie manche Bewohner aus dem Osten etwas auf Urlaub fahren können, weil sie aus einer Gegend kommen, wo es nicht so viel Naherholung gibt und wo vielleicht nicht so viel Kaufkraft vorhanden ist. Insofern ein tolles Projekt, das es zu unterstützen gilt, aber die Diskussion führen wir eh in der nächsten Gemeinderatssitzung und sie ist da jetzt ein wenig unangebracht.

GR. Dreisiebner:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren auf der Galerie. Es ist im Vorfeld schon erklärt worden, wo der Zusammenhang zwischen diversen Projekten, wie etwa der Plabutsch-Gondel, Thaler See usw. ist und diese Frage, die wir heute diskutieren, bzw. dem Netz des öffentlichen

Verkehrs, beim Kollegen Haßler könntest du nachfragen. Nur so nebenbei. Was mir ja eh gut gefallen hat, ist, man hat in Ihrer Stellungnahme, Herr Bürgermeister, schon ein Stück weit gemerkt, wo Ihnen, wie sage ich es jetzt, ein wenig das Herz übergeht. Wo Sie die Pflicht und die Last der Finanzierung sehen. Die Pflicht und die Last der Finanzierung formuliert mit der 1,75-fachen Abgeltung der Inflation über den jetzt nicht mehr gültigen Vertrag des Verkehrsverbundes, das was Sie gesagt haben, dafür haben wir eben neue Busse usw. und Straßenbahnen gekauft, das muss auch sein, das kommt den Menschen zugute. Inhaltlich komplett d'accord, aber so richtig erblüht sind Sie, als Sie berichten konnten über die letzten 50 bis 60 Jahre, noch mehr, 70 Jahre Naherholung in Verbindung mit Gondeln. Ich nehme das jetzt nur so mit. Wir sind uns sehr bewusst, dass die Leistungen, die vom öffentlichen Verkehr in Graz getätigt werden, sehr gute sind. Wir sind uns sehr bewusst, dass es Ausbaumaßnahmen geben muss. Wir hätten uns auch gerne längere Straßenbahnfahrzeuge gewünscht, die langen Straßenbahnfahrzeuge gewünscht, statt der anderen Entscheidung, die da anstehen usw. Das Faktum, das für mich feststeht, ist, dass der Herr Finanzreferent Riegler als Finanzreferent sicher gut verhandelt hat. Es gibt noch eine andere Geschichte, was will ich erreichen in dieser Stadt und wie geht es den Menschen, dem Fahrgast, dem Kunden, der den öffentlichen Verkehr nutzen muss oder will oder soll? Da ist es aus meiner Sicht nicht ganz gelungen, diese Waage herzustellen zwischen dem Schauen auf unser eigenes Börserl, auf die städtischen Finanzen und den Preiserhöhungen mit oder ohne Jahreskarte Graz. Auch diese Preise steigen ja aufgrund des Verhandlungsergebnisses. Deswegen sind wir nicht sehr zufrieden damit. Ja, es ist ein Stück weit populistisch, auch wenn die Definition von Populismus sich heute für mich weit erweitert hat dank der Elke Kahr, da müssen wir noch extra diskutieren. Es ist ein Stück weit populistisch, nur das Einfrieren zu fordern. Grundsätzlich sollte man das System wechseln und das ganze Verkehrsverbundsystem zu wechseln, neu aufzusetzen, das wäre das was wir präferieren. Es wird in der Steiermark von unseren Kolleginnen und Kollegen im Landtag versucht, das sogenannte 365-€-Ticket durchzusetzen und dahingehend etwas zu unternehmen, weil es ja nicht nur um die Stadt Graz geht, sondern weil es um den Großraum geht. Weil es

um die ganze Steiermark geht. Es ist möglich, das zu erreichen, weil Tirol hat es erreicht, Vorarlberg hat Ähnliches erreicht, Salzburg wird es auf den Weg bringen und das wäre das ganz Wichtige, Wien könnte ich jetzt auch erwähnen, habe ich jetzt eben auch, muss man aber nicht, weil die eine andere Situation haben. Aber das wäre das, denn, wenn wir wollen und es notwendig haben, und das haben wir auf Grund der Entwicklung der Bevölkerung, das haben wir auf Grund der Entwicklung des Wirtschaftsraumes, das haben wir auf Grund der LUV-Situation, und dass und mehr und immer mehr Menschen, nicht nur Grazerinnen und Grazer, auf den ÖV umsteigen, dann nehme ich den Abänderungsantrag vom Manfred Eber gerne mit, aber eine zu sehr in Richtung der Stadtfinanzen verhandelte Verbundfinanzierung gefällt mir nicht. Es gäbe noch einiges zu sagen, die Diskussion war lang, wir werden dem Hauptstück nicht zustimmen, dem Abänderungsantrag sehr wohl.

Bgm. Nagl:

Letzten Endes zahlt es immer der Konsument, immer jeder Einzelne von uns. Weil entweder zahlt er es direkt oder indirekt über das was die Stadt Graz wiederum ausgeben muss für den öffentlichen Verkehr. Ich möchte eine Anmerkung noch machen, die mir wichtig ist. Politik ist prinzipiell die Kunst des Möglichmachens. Wir sind da nicht allein, sondern an dem Tisch sitzen stellvertretend alle Verkehrsunternehmen, die alle sehr bemüht sind, nicht nur pünktlich zu sein, sondern die Qualität zu heben, die Republik Österreich, das Land Steiermark und auch wir als Stadt Graz. Ich glaube, das, was jetzt gemacht wurde, ist wieder etwas möglich zu machen, weil ein paar mitgeholfen haben und dafür sollten wir schon einmal dankbar sein, weil viele Jahre hat sich dort gar nichts bewegt. Ziel wäre es, generell einmal nachzudenken, wie Verkehrsfinanzierung aussehen kann. Da habe ich ja in den letzten zwei Jahrzehnten auch schon viel mit Ihnen und schon einem Vorgänger diskutiert. Was mir schon wichtig ist, weil das heute so angeklungen ist, auch jetzt vom Michi Ehmman, ja es braucht die Unterstützung für Verkehrsprojekte. Auch dieses Projekt

hilft uns bei Feinstaub und im Verkehr, weil jetzt sehr viele Menschen täglich ins Auto steigen, um irgendwo hinzufahren z.B. auch zum Schöckel. Dort sieht man dann eh die Autokolonnen, die die sich dorthin bewegt haben. Künftig haben wir durch diese Gondel die Möglichkeit, dass wir mit zwei Straßenbahnlinien und drei Buslinien bis auf 200 m zu dieser Talstation kommen und das ist nicht nur der soziale Aspekt, den der Herr Klubobmann Sippel erwähnt hat, sondern auch der Umweltaspekt, dass du dann nicht mehr so weit fahren musst und die Gegend mit deinem Auto belastest und auch nicht in Graz diesen Verkehr hast, sondern die Menschen mit dem Fahrrad, zu Fuß oder mit dem öffentlichen Verkehr hin können. Wenn Klubobmann Ehmann gesagt hat, ja, es gäbe andere Verkehrsprojekte, dann möchte ich nur sagen, ja, wir haben eine klare Prioritätenreihung. Wir haben bei den Verkehrsprojekten jetzt sofort mit der Verhandlung der 120 Mio. diese drei geplanten und vom Gemeinderat beschlossenen Straßenbahnlinien verlängert. Wir haben damals verlängert, ich war dabei, den 5er, den 6er, den 7er, wir haben die Nahverkehrsdrehscheiben inkl. Bahnhof gemacht, die ganzen neuen Buslinien, die S-Bahn-Geschichten mit dem Land diskutiert. Im Moment liegen keine wirklich neuen Verkehrslinien da, die muss unsere Verkehrsreferentin und die Verkehrsplanung, so haben wir es auch vereinbart, uns wiederbringen, dann werden wir auch diese abarbeiten, so wie wir es in den letzten Jahren gemacht haben. Ich glaube trotzdem, und da bitte ich auch alle, die heute ernsthaft mitdiskutieren, noch einmal darüber nachzudenken, ob wir noch etwas anderes brauchen werden. Weil selbst wenn ich vier Straßenbahnlinien mit Ihnen in der Periode noch verändern würde, hätten wir unser Verkehrsproblem noch nicht im Griff. Weil täglich 90.000 Menschen in Graz einen Job antreten. Über 90.000 sind schon, die nicht aus Graz sind, sondern von außerhalb. Deswegen brauchen wir neue Überlegungen und ich freue mich, dass wir uns das auch künftig noch einmal ansehen werden. Was ist mit dem Thema Gondel generell, das weltweit diskutiert wird, was ist mit dem Thema der U-Bahn-Überlegungen der nächsten Jahrzehnte? Irgendwann werden wir darüber nachdenken müssen, weil sonst werden wir diesen innerstädtischen Verkehr gar nie meistern. Ich habe schnell hochrechnen lassen, es ist nur eine Grobschätzung, wenn

wir diesen Antrag vom Kollegen Eber heute beschließen würden, dann kostet das der Stadt wie viel, Herr Gemeinderat?

*Zwischenruf GR. **Eber**: Für die Stadt Graz?*

Nagl: Was schätzen Sie? Sie stellen einen Antrag, einen Anschlag auf die Stadtkasse. Haben sie nachgerechnet? Was könnte es ausmachen, drei Jahre auszusetzen? Was kostet uns das?

*Zwischenruf GR. **Eber**: Es hängt von der Inflationsrate ab.*

Nagl: Nein. Es würde bis zu 8 Mio. Euro bedeuten. Das will ich auch noch sagen. Deswegen habe ich gesagt, schnell, schnell einen Antrag zusammengeschrieben. Da wird etwas besser, wir müssen uns draufsetzen, weil wir sind noch besser, es kostet wieder gar nichts, also den üblichen Weg. Das wollte ich noch allen Gemeinderäten noch kurz vor dem Handheben auch mitgeben.

*Zwischenruf StRⁱⁿ **Kahr** unverständlich.*

Nagl: Noch einmal, es steht wunderschön drinnen, die Genehmigung gilt unter der Bedingung, dass die Republik Österreich und das Land Steiermark diesen in der gleichen Form bis spätestens 31.12.2018 unterfertigt. Ja den unterfertigen die liebend gerne, dass die nichts zahlen müssen.

*Zwischenruf GR. **Eber** unverständlich.*

Nagl: Herr Gemeinderat, das wäre der Punkt. Wir haben ja jetzt versucht mit dem Land, ich brauch gar nicht hinüberzugehen, weil ich weiß es, ich habe letztens mit dem Landesrat Lang vor allem in letzter Zeit genug debattiert. Wenn ich dem sage, fängst du bitte alles auf und das Land fangt auch alles auf und wir auch, dann könnte man das unterschreiben. Aber das kostet dem Steuerzahler 8 Mio. Euro und das kann man aus meiner Sicht nicht so mir nichts, dir nichts in einem Gemeinderat einfach so schnell einbringen bei einem Stück, wo etwas gelungen ist.

Der Abänderungsantrag wurde mit Mehrheit (gegen SPÖ, KPÖ, Grüne und Neos) abgelehnt.

Der Antrag wurde mit Mehrheit (gegen Grün und KPÖ) angenommen.

Ende der Tagesordnung um 15 Uhr.